

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen, Signarplatz 11, Marktstraße 140, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 2 Pf. Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark, durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Telegraphisch-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Ring Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Reklamemeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., Eisenangebote 10 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter Text 20 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Betriebs-Veranstaltungen- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Notenwechsel über den Garantiepakt.

Der deutsche Vorschlag.

Berlin, 18. Juni. Das deutsche Memorandum vom 9. Februar hat folgende Wortlaut:

Bei Erwägung der verschiedenen Möglichkeiten, die sich gegenwärtig aus der Regelung der Sicherheitsfrage bieten, könnte man von einem ähnlichen Gedanken ausgehen wie er im Dezember 1922, dem von dem damaligen deutschen Reichskanzler Cuno gemachten Vorschlag zugrunde lag. Deutschland könnte sich z. B. mit einem Pakt einverstanden erklären, durch den sich die am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland freiwillig für eine Reihe von vereinbarten längere Perioden zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten verpflichten, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Mit einem solchen Pakt könnte ein weitgehender Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich verbunden werden, wie er in den letzten Jahren zwischen den verschiedenen europäischen Mächten abgeschlossen worden ist. Zum Abschluß derartiger Schiedsverträge, die die friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen, ist Deutschland auch gegenüber allen anderen Staaten bereit. Für Deutschland wäre außerdem auch ein Pakt annehmbar, der ausdrücklich den gegenseitigen Beistand am Rhein garantiert. Ein solcher Pakt könnte etwa dahin lauten, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten, die Unerschütterlichkeit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein unerschütterlich zu achten, daß sie ferner, und zwar sowohl gemeinsam, als auch jeder Staat für sich (Conjointement et séparément), die Erfüllung dieser Verpflichtung garantieren, daß sie endlich jede Handlung, die der Verpflichtung widerspricht, als eine gemeinsame und eine eigene Angelegenheit ansehen würden. Im gleichen Sinne könnten die Vertragsparteien in diesem Pakt eine Erklärung der Verpflichtungen, zur Entmilitarisierung des Rheinlandes, garantieren, die Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles übernommen hat. Auch mit einem derartigen Pakt könnten die Schiedsverträge der oben bezeichneten Art zwischen Deutschland und allen denjenigen Staaten, verbunden werden, die ihrerseits zu solchen Abreden bereit sind. Den vorstehend angeführten Beispielen werden sich noch andere Lösungsmöglichkeiten anschließen lassen. Auch könnten die, diesen Beispielen zugrunde liegenden Gedanken in der einen oder anderen Weise kombiniert werden. Im übrigen wird zu erwägen sein, ob es nicht ratsam ist, den Garantiepakt so zu gestalten, daß er die, alle Staaten umfassende Weltkonvention nach der Art der vom Völkerbund aufgestellten Protokolle pour le règlement pacifique des différends internationaux vorbereitet, und daß er im Falle des Zustandekommens einer solchen Weltkonvention von ihr abjiziert oder in sie hineingearbeitet wird.

Frankreichs Antwort.

Berlin, 18. Juni. Die vorgestern überreichte französische Note an Deutschland lautet:

Die die französische Regierung die deutsche Regierung durch ihre Note vom 20. Februar dieses Jahres wissen ließ, hat sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregungen des Memorandums geprüft, das ihr am 9. Februar durch Seine Excellenz Herrin v. Hoesch überreicht worden ist. Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritt der deutschen Regierung den Ausdruck von friedlichen Bestrebungen gesehen, die mit den ihren übereinstimmen. In dem Wunsch, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheitsvorkehrungen zu geben, hat sie die deutschen Vorschläge mit aller ihren gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen können. Insbesondere hat sie als zweckmäßig herausgestellt, vor Eintritt in die sachliche Prüfung der deutschen Note die Fragen in volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennen zu lernen, da ein vorheriges Einverständnis hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

- Das Memorandum erwähnt den Völkerbund nur beiläufig. Nun sind aber die alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundschartung gebunden, die für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zweck der Erhaltung des Weltfriedens enthält. Die deutschen Vorschläge sind zweifellos auf das gleiche Ziel gerichtet, aber ein Abkommen ließe sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt und die Rechte genießt, die in der Völkerbundschartung vorgesehen sind. Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbund unter den in dem Schreiben des Völkerbundesrates vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beiträgt.
- Das Streben, die Sicherheitsbürgschaft zu schaffen, welche die Welt verlangt, darf keine Umänderung der Friedensverträge mit sich bringen. Die zu schließenden Abkommen dürfen also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen, noch förmlich zu einer Umänderung der besonderen Bestimmungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen. So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.
- Das Memorandum vom 9. Februar führt zunächst den Wunsch eines Paktes zwischen den am Rhein interessierten Mächten ins Auge, der von folgenden Grundzügen ausgehen könnte: 1. Abhaltung jedes Gebirges an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten, 2. Erzwungene Lösung des gegenwärtigen Gebietsstandes in den rheinischen

Gebieten mit gemeinsamer und besonderer Garantie der vertragschließenden Staaten, 3. Garantie der vertragschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles ergeben. Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die freiwillige Abkehrung jedes Gebietsans an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten (eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich beschränkt sein dürfte) neben der erneuerten Bestätigung der in dem Vertrag aufgenommenen Grundzüge für die Sache des Friedens haben würde. Zu den vertragschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wurde, das aber als unmittelbarer Interessierter Staat an dem Pakt teilnehmen müsse. Ebenso versteht es sich von selbst und geht auch aus dem Schreiben des deutschen Memorandums über diesen Punkt hervor, daß der auf diesen Grundlagen zu schließende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrages über die Befestigung der rheinischen Gebiete, noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlands-Abkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

Die deutsche Regierung erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich und mit den übrigen an dem Rheinpakt beteiligten Staaten Schiedsverträge abzuschließen, die die friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen. Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag der Art, wie Deutschland ihn vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpacts bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland nur alle Konflikte lösen würde, die nur dann Raum für ein zweigleisiges Vorgehen lassen dürfte, wenn die Parteien gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpacts oder auf Grund der Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für den Schiedsvertrag geschlossen wird. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich. Um diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Zurechtweisung sichergestellt werden durch eine gemeinsame und besondere Garantie derjenigen Mächte, die andererseits an der in dem Rheinpakt aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen derzeit, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien, die es ablehnt, den Streitfall einem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder einen Schiedsrichter auszusuchen, zu feindlichen Handlungen schreitet. Falls einer der Vertragschließenden, ohne zu feindlichen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundsrat Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um den Verträgen Wirksamkeit zu verschaffen.

- Die deutsche Regierung fügte in dem Memorandum hinzu, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hierzu geneigt seien, derartige Schiedsverträge abzuschließen. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genehmigung von dieser Zustimmung Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht Parteien des geplanten Rheinpacts sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpakt anstrebt und für den er eine wesentliche Grundlage bilden soll, nicht völlig gewährleistet werden könnte. Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundschartung und den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten, und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht freimachen können. Diese so abgeleiteten Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben, wie die in Abschnitt 4 vorgezeichneten. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles und den geplanten Rheinpakt unterzeichnet hat, würde, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben, sich zu ihrem Garant zu machen.
- Nichts in den in dieser Note ins Auge gefassten Verträgen darf die Rechte und Verpflichtungen betreffen, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkerbundschartung erwachsen.
- Die für die Erhaltung des Friedens unerlässliche allgemeine Garantie der Sicherheit wäre nur dann vollständig, wenn alle in dieser Note ins Auge gefassten Abkommen gleichzeitig in Kraft träten. Diese Abkommen müßten der Säkular entsprechend dem vom Völkerbund eingetragenen und unter dessen Obhut gestellt werden. Es versteht sich endlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten dem so verwirklichten Abkommen beitreten zu können glauben, die Beteiligung des großen amerikanischen Volkes an diesem Werke des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könnte.

Das sind die Hauptpunkte hinsichtlich deren es notwendig ist, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennen zu lernen. Die französische Regierung würde es begrüßen, darauf eine Antwort zu empfangen, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue wirksame Sicherheitsgarantie bilden.

In der Zusammenfassung der französischen Regierung vom 20. Februar auf das deutsche Memorandum wird betont, daß die Prüfung der verschiedenen Anregungen nicht weitergehen werden sollte, ohne daß Frankreich seine Verpflichtungen dem Völkerbund und mit ihnen im Einklang sein gelte, um im Rahmen des Vertrages von Versailles zur Erhaltung eines Zustandekommens derartiger Verträge zu gelangen.

Um den Sicherheitspakt.

Am 9. Februar d. Js. übermittelte die Regierung Luther-Stresemann den beteiligten Mächten jenes vielbesprochene, jetzt endlich im Wortlaut veröffentlichte Memorandum, das in unverbindlicher, der Diskussion einen weiten Spielraum öffnender Form einen Garantiepakt für den Westen und ein System von Schiedsgerichten für den Osten vorschlägt. Auf dieses Memorandum hat die französische Regierung im Einverständnis mit ihren Alliierten am 16. Juni eine Antwort erteilt, die jetzt gleichfalls veröffentlicht wird. Damit ist die internationale Diskussion über den deutschen Vorschlag eröffnet.

Wenn diese Diskussion in entscheidenden Beschlüssen ihren Abschluß finden wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Begonnen hat sie eigentlich schon während des Krieges, als Frankreich sich von England und Amerika das Versprechen der Garantierung seiner Ostgrenze geben ließ, das dann aber bekanntlich — da Amerika den Vertrag von Versailles gar nicht ratifizierte — nicht gehalten worden ist. Die Völkerbundsakte, die dem Vertrag von Versailles einverleibt wurde, gab den Rahmen für eine umfassende Sicherung des Friedens, aber Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten blieben dem Völkerbund fern. In Versuchen, diesen Rahmen auszufüllen, hat es seitdem nicht gefehlt. Erinnert sei nur an den Vorschlag der Regierung Cuno und an das große, viele Hoffnungen erweckende Werk Ramsay MacDonalds, das Genfer Protokoll.

Der Regierungsumschwung in England hat den Hoffnungen, die an das Genfer Protokoll geknüpft worden waren, ein Ende gemacht. Ironie der Natur, so war es die konservative englische Regierung, die dann bei der deutschen Regierung anregte, sie möge durch einen eigenen Sicherheitsvorschlag den durch die Ablehnung des Genfer Protokolls entstandenen leeren Raum teilweise ausfüllen helfen. So entstand dann das deutsche Memorandum, zu dessen Beantwortung die französische Regierung sich mehr als vier Monate Zeit ließ. Inzwischen war auch in Frankreich ein Regierungswechsel erfolgt und Herriot durch Painlevé abgelöst worden, dessen Stellung nun auch schon wieder schwankend geworden ist.

Nun soll die Regierung Luther-Stresemann auf die französische Antwort antworten, und auch sie wird wiederum dazu einige Zeit brauchen. Ob sie überhaupt noch im Amt sein wird, wenn die hier aufgestellten Fragen zur Entscheidung kommen, ist zweifelhaft. Möglich ist, daß sie innerlich zusammenbricht, noch ehe sie antwortet.

Aus alledem geht hervor, daß die sehr interessante Diskussion, die jetzt neu eröffnet ist, wahrscheinlich nicht allzu rasch zum Abschluß gebracht werden wird. Der Apparat ist schwerfällig, die Kabinette lassen sich Zeit. Ein rascheres Tempo ließe sich erhoffen, wenn man sich dazu entschließen würde, den gesamten Komplex der Friedensfragen, zu dem auch die Note über die Entmilitarisierung und die Räumung der besetzten Gebiete gehört, einer Konferenz zu unterbreiten. Der Weg zu einer solchen Konferenz wird durch die französische Antwort vorfristig geöffnet, aber er scheint noch recht weit.

Die französische Antwort bringt keine Überraschung, wenn sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als eine Voraussetzung für die Wirksamkeit der abzuschließenden Verträge betrachtet, doch enthält sie nicht die Bedingung, daß Deutschland schon zuvor in den Völkerbund eintreten müsse. Auch wenn sie eine gewisse Rengstlichkeit zeigt in der Richtung, daß die Bestimmungen der bestehenden Friedensverträge und die neuen Abkommen nicht abgeändert und nicht gelockert werden dürfen, so ist das nichts anderes, als was erwartet wurde. Politisch wesentlich ist die Absicht Frankreichs, als Garant für die Schiedsverträge einzutreten, die Deutschland im Osten abschließen will. Diese Garantie ist in der juristischen Form unparteiisch gedacht, so daß also Frankreich die Rechte Deutschlands gegen Polen und die Niederlande theoretisch ebenso garantieren würde wie umgekehrt die Rechte Polens und der Niederlande gegen Deutschland. Ob praktisch eine solche Unparteilichkeit Frankreichs bestehen würde, hängt davon ab, wie sich die Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich weiter entwickeln. Jedenfalls würde es dem Geist des Vertrages widersprechen, wenn sich Frankreich auf Grund seiner Bündnisverträge verpflichtet hätte, in jedem Streitfall ohne Ansehen des Rechts auf die Seite allerer zu treten.

Amundsen auf Spitzbergen.

Disko, 18. Juni. (Durch Funkdruck.)

Nach Amundsen ist heute morgen mit fünf Begleitern auf Spitzbergen eingetroffen und befindet sich wohl. Ob er der Nordpol erreicht hat oder nicht, ist noch nicht bekannt. Prentico, ein Schwager des Teilnehmers an der Amundsen-Expedition, hat Nachricht erhalten, wonach sämtliche Mitglieder der Expedition unverletzt in Spitzbergen angekommen sind.

Nach Amundsen's erstem Bericht hatte er in der Nacht vom 21. bis 22. Mai nach achtfündiger ununterbrochener Fahrt festgestellt, daß die Hälfte seines Benzinvorrates verbraucht war. Die beiden Flugzeuge ließen sich auf das Wasser einer großen Eisrinne nieder. Beide Flugzeuge konnten nicht wieder freikommen, sondern froren vollständig ein. Sie befanden sich 87 Grad 44 Minuten nördlicher Breite und 10 Grad 20 Minuten westlicher Länge. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 150 Stundenkilometer. Der Gegenwind hatte die Flugzeuge um etwa 200 Kilometer zurückgebracht. Die Lokungen ergaben, daß das Meer unter dem Eise eine Tiefe von 3750 Meter hatte. Die Flieger haben nach Norden hin ein Gebiet von 100 Quadrat-Kilometern überfliegen können, das sich bis ungefähr 88,5 Grad nördlicher Breite erstreckte. Anzeichen von Land wurden nach Norden hin nicht entdeckt. Amundsen glaubt, daß in Anbetracht der Meerestiefe es ganz unwahrscheinlich sei, daß auf dieser europäischen Seite des Arktischen Meeres weiter nördlich Land sich befindet.

Ein weiterer Bericht Amundsen's sagt: „Wären wir noch kurze Zeit in nördlicher Richtung weiter geflogen und hätten dann zu landen versucht, hätten wir tatsächlich den Pol erreicht. Ein Loten war jedoch unmöglich. Wir erwogen auch, nur den Pol zu überfliegen, ohne genauere Beobachtungen anzustellen. Wir kamen schließlich dahin überein, anstatt unseren Flug weiter nach Norden fortzusetzen, den Rückzug weiter nach Osten zu verlegen, um dabei noch bisher unentdeckte Gegenden festzustellen. Da die beiden Flugzeuge durch Eis blockiert waren, war die größte Schwierigkeit der neue Start. Unter den größten Entbehrungen konnte endlich eine Maschine starten. Obgleich das Flugzeug etliche Beschädigungen aufwies, konnte es doch noch aus dem Packeis aufsteigen und schwebte wieder über der ungesicherten Eisfläche. Am 15. Juni versuchte die Expedition mit beträchtlich verringertem Equipment einen neuen Start. Fast die gesamte Ausrüstung wurde über Bord geworfen. Nur ein Mindestmaß von Benzin wurde zurückgehalten, um den Flug südwärts fortsetzen zu können. Der Start glückte, und es gelang nach neunstündigem aufregendem Flug das Nordkap zu erreichen. Dort wartete die Expedition günstigeren Wind ab. Der Benzinvorrat betrug noch 120 Liter. Ein zufällig passender norwegischer Segler nahm das Flugzeug ins Schlepptau. Gegen Nacht nahm der Wind zu, und die Expedition mußte an der Westseite der Franklinsucht Schutz suchen. Als auch am 16. Juni der Sturm noch nicht nachließ, verließen mehrere Mitglieder der Expedition, am Ringday neues Benzin zu holen. Die Expedition kam schließlich 1 Uhr nachts in Ringday an.“

Alle Tage Rheinlandfeier.

Düsseldorf, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Man behauptet, daß tausend Jahre vergangen sind, seit die Rheinlande zum Deutschen Reich gehören. Darüber mag man denken, was man will, aber ob es angebracht ist, nun gerade vier Monate lang der tausendjährigen Vergangenheit zu gedenken, möchten wir bezweifeln.

Vorerst hat das offizielle Rheinland die und da unter Anteilnahme der Bevölkerung der Tausendjahrfeier allein gedacht. Am Donnerstag feierte es in Gegenwart des offiziellen Deutschlands und Preußens. Es galt, vor der Welt nach den dunklen Tagen der letzten Vergangenheit ein neues Bekenntnis der Rheinlande zur Treue gegenüber dem Reich und Preußen abzulegen. Der Reichsminister, der preussische Ministerpräsident, Reichstags- und Landtagsabgeordnete waren erschienen, dieses Bekenntnis würdig entgegenzunehmen. Es war der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres, einst Reichsminister des Innern und Präsident des Rheinischen Provinziallandtages, der als Vorsitzender des Rheinischen Provinziallandtages feierlich die tiefe Verbundenheit des — republikanischen — Rheinlandes mit dem Deutschen Reich auf alle Zeit betonte und aus diesem Schwur gleichzeitig eine Treuepflicht gegen Preußen folgte. Alle Erinnerungen der Tätigkeit des Herrn Jarres im Reichsministerium des Innern wurden nach, als er über den Schwur hinaus an die Gefühle der Zuhörer appellierte. Er hat selbst als Minister, der über den Parteien stehen soll, im allgemeinen als Parteipolitiker gehandelt und am Donnerstag im wesentlichen Parteien seiner Rede ebnen lassen. Welchen Sinn hatte zum Beispiel die phrasenhafte Erinnerung des Herrn Jarres an die Zeit der Befreiungskriege, die sich vor den Augen des Herrn Jarres — und nur vor ihnen — erhob? Die Regierungstätigkeit der vor Monaten noch so starken „Deutschnationalen“ und die kurze Regierbarkeit des vor Lige als „Reiter“ getriebenen Reichspräsidenten sollten endlich auch ihm beweisen, daß mit solchen Worten heute keine Politik zu machen ist.

Das hat ihm der Reichsminister Dr. Luther in seiner Ansprache indirekt zu verstehen gegeben. Er feierte weniger die Bedeutung der gegenwärtigen Festlichkeiten und benutzte die Gelegenheit zu einer Rede, die an die Adresse der Wähler gerichtet war. Voraus ging die Verlesung einer „Wisschaft“ — das gibt es neuerdings wieder. Der Stil ließ Luther als Vater erkennen. Es waren viel Worte mit wenig Inhalt — Muster: deutschnational. Was in dem Stadium der gegenwärtigen außenpolitischen Lage gesagt werden konnte, hatte sich Luther selbst vorbehalten. Er erklärt in der Entschließungsrede der Wähler mit dem Reich den besten Beweis der völligen Entlohnung Deutschlands und ist bereit, die überhaupt nicht bestehenden berechtigten Forderungen der Wähler sofort zu erfüllen. Darüber hinaus aber betonte Luther, daß die Reichsregierung alle Ansprüche ablehnen werde, die mit den Verträgen nicht in Einklang zu bringen sind. Im übrigen ist er zu Verhandlungen mit den Wählern bereit. Das gilt auch in Bezug auf die rote über die Sicherheitsfrage.

Den Ausführungen des Reichsministers folgte eine von vielen Bekundnis für die Lage der rheinisch-westfälischen Arbeiter erfüllte Rede des preussischen Ministerpräsidenten. Man merkte gleich, daß ein Mann sprach, der aus anderem Milieu stammt als Herr Jarres und Dr. Luther. Sie fanden keine Worte für die schmerzhafteste Arbeiterfrage, während Dr. Jarres es als seine Pflicht empfand, in Düsseldorf ein Wort des Dankes an die Arbeiterklasse zu sprechen. Er sagte dann den rheinischen Wählern, daß er immer im Westen geblieben hat und den er als Ausgleich gegenüber jenem West betrachtet, der selber heute noch in manchen Teilen Deutschlands lebt.

Damit war die vom Provinziallandtag veranstaltete offizielle Feier zu Ende. Sie folgte am Nachmittag eine Veranstaltung der

„Maffakens“, die durch eine Rede des Düsseldorf Oberbürgermeisters eingeleitet wurde. Er fand Worte des Dankes an Luther und für den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, von dessen Rettungswert das Rheinland heute noch sehr wenig verpiert, während ihm der preussische Ministerpräsident, der viele Jahre lang mit Entschiedenheit die Interessen des Rheinlandes bei jeder Gelegenheit verfochten hat, scheinbar überflüssig war.

Am Abend reisten Reichsminister Luther und der preussische Ministerpräsident nach Berlin zurück. Die Festlichkeiten sollen aber damit noch nicht beendet sein. Es wird geplant, weitere drei Monate zu feiern. Wir aber sind der Meinung, daß es jetzt nach Abschluß der offiziellen Festlichkeiten der Feiern genug sind.

Vor der Entscheidung der französischen Sozialisten.

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In politischen Kreisen steht man der für Donnerstag nach erwarteter Entscheidung der sozialistischen Partei mit größter Spannung entgegen. Zweifel darüber bestehen kann, daß der übergroße Teil der Mehrheit der sozialistischen Partei wie des Parteivorstandes entschlossen ist, während ihm der preussische Ministerpräsident, der viele Jahre lang mit Entschiedenheit die Interessen des Rheinlandes bei jeder Gelegenheit verfochten hat, scheinbar überflüssig war.

Am Abend reisten Reichsminister Luther und der preussische Ministerpräsident nach Berlin zurück. Die Festlichkeiten sollen aber damit noch nicht beendet sein. Es wird geplant, weitere drei Monate zu feiern. Wir aber sind der Meinung, daß es jetzt nach Abschluß der offiziellen Festlichkeiten der Feiern genug sind.

Die Fraktion war um dieser Taktik willen schon seit Wochen den härtesten Angriffen aus der Partei heraus ausgesetzt und in politischen Entscheidungen hat neuerdings fast die Gesamtheit der Partei angehängeltes Verände die Änderung des bisherigen Kurses verweigert. Die Angehörigen dieser Lage die Dinge sich weiter entwickeln werden, hängt von einer Reihe von Umständen ab, deren Ungewißheit die Voraussage unmöglich machen und der „Paris Soir“ hat nicht ganz unrecht, wenn er heute schreibt, daß man im gegenwärtigen Augenblick von einer Krise sprechen könnte, doch erst die nächsten Tage die Entscheidung bringen müßte, ob es sich um eine Regierungskrise, oder eine Krise des Kartells oder um eine Krise des gegenwärtigen politischen Regimes handelt.

Die Bewegung in China.

London, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage in China scheint im Laufe des Donnerstags eine wesentliche Veränderung erfahren zu haben. Die Verhandlungen, die seit einigen Tagen zwischen dem diplomatischen Korps und den chinesischen Vertretern gepflogen werden, haben die bestehenden Gegensätze mit aller Deutlichkeit offen gelegt. Der Boykott der Fremden dehnt sich nunmehr auch auf bisher von der Bewegung unberührt gebliebene Städte aus. Hier und da wurden die Scheiben der Läden eingeschlagen. In Schanghai ist die Situation besonders kritisch. Das englische Konsulat wurde wiederholt mit Steinen beworfen, so daß es geräumt werden mußte. In Tschifu fanden riesendeemonstrationen gegen die Engländer und Japaner statt, Ausfahrungen sind aber nicht vorgekommen. In Hankow mußten die britischen Wachposten zurückgezogen werden. Von einem gemeinsamen Einschreiten der interessierten Mächte ist bisher nichts bekannt geworden.

London, 18. Juni. (Funkbericht.) In Schanghai hat am 17. Juni eine Demonstration von etwa 15000 Teilnehmern gegen die Ausländer stattgefunden. Reiter meldet, daß sich die allgemeine Lage in Schanghai kritisch gestaltet. In Tschantung wurde der britische Konsul gezwungen, sein Amtsgebäude zu verlassen. Engländer werden in den Straßen der Stadt tätlich angegriffen oder mit Steinwürfen verfolgt.

Aus aller Welt.

Eine australische Südpolar-Flugexpedition. Der australische Flieger Kapitän Wilkins, der nach einer 13 Monate dauernden, naturwissenschaftlichen Expedition Nordaustralien nach Sydney zurückgekehrt ist, bereitet nun einen Südpolarflug vor, um die Küstenlinie von König Edward VII. Land südlich von Neuseeland bis nach Grahamland südlich von Kap Horn zu erforschen. Wie aus Sydney berichtet wird, will er bei diesem Flug eine genaue kartographische Aufnahme dieses Gebietes vornehmen. Diese Arbeit ist nur der Auftakt für eine weitere Expedition, durch die die Witterungsverhältnisse der Antarktis aufgeklärt werden sollen.

In 36 Stunden von Kgypten nach Indien. Des britische Luftverkehrsministerium ist gegenwärtig mit den Organisationsarbeiten für einen neuen Luftdienst beschäftigt, der vom kommenden Herbst ab die schnellste Verbindung mit dem fernem Osten darstellen wird. Gegenwärtig besteht bereits ein regelmäßiger Flugdienst, der jedoch ausschließlich für militärische Zwecke bestimmt ist und weder für den Passagierverkehr noch für die Beförderung von Postsendungen in Frage kommt. Dieser Dienst wird in Zukunft aufgegeben werden. An seine Stelle tritt der neue, nicht mehr auf militärische Spezialinteressen, sondern auf das allgemeine Verkehrsbedürfnis abgestimmte Dienst, dessen Kapazitäten dank der neuen Schnell- und Leichtflugzeuge im Vergleich mit dem bisherigen Dienst erheblich gesteigert werden können. In Abwesenheit der Entzerrung zwischen beiden Punkten benötigen die Schnellflugzeuge nur drei Tage. Die Reisezeit wird nur drei Tage betragen. Hierbei ist vorausgesetzt, daß nur bei Sonnenschein fliegen wird. Es ist jedoch beschlüsselt, später die jetzt noch vorgezeichneten Routen zu streichen, wodurch die Reisezeit auf lediglich 36 Stunden herabzusetzen wird. Die neue Luftlinie wird von einer privaten Gesellschaft betrieben werden, die jedoch wenigstens im Anfang Subventionen aus öffentlichen Mitteln erhalten wird.

Ein Rettungsboot, das nicht retten kann. Die königliche Rettungsboot-Gesellschaft, eine gemeinnützige Organisation, die über neue Rettungsboote verfügt, ist und über Haupt in London hat, will mit, daß es einen ihrer

Internationale Polizeitechnische Ausstellung.

Die Internationale Polizeitechnische Ausstellung in Karlsruhe, die am 7. Juni in der Ausstellungshalle eröffnet worden ist und bis zum 24. andauert, beansprucht mit Recht nicht allein das Interesse der Fachleute. Die Polizei, ein ausübender Teil der Staatsgewalt, soll Instrument des Volkes sein zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, zur Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen.

International ist die Ausstellung ja allerdings nur in sehr bescheidenem Maße geworden. Die ausländischen Exponate sind überhaupt kaum nennenswert. Höchstens, daß Wien mit einigen interessanten gefälschten Bildern — auch München bringt mehrere davon — und einigen kriminalistischen Kleinigkeiten vertreten ist und Danzig unter anderem mit ihren Fallbüchern von Jopoff. Am so vollständig sind aber die verschiedenen deutschen Länder aufmarschiert. Über allen dominiert Berlin. Die Ausmaße dieser Stadt bedingen auch eine besondere Tätigkeit ihrer Polizei. Der Gang des Strafverfahrens, die tabellarische Uebersicht von Gefangenen-Beförderung und Gefangenen-Unterbringung, die Tätigkeit des Einwohnermeldeamts, die kurvenmäßige Darstellung verschiedener Straftatensstatistiken, die Statistik der Zentrale der Polizeistelle zur Bekämpfung des Mischhandels, die Statistik der Abtreibung mit erfolgten Todesfällen, die zur Anwendung kommenden Maßnahmen zur Ermittlung von vermissten Personen und zur Feststellung aufgefundenen Leichen usw., sind dargestellt.

Auch die sozial vorbeugende Tätigkeit der Polizei tritt hier stark zur Geltung — desgleichen in den Ausstellungsobjekten Badens, das überhaupt gut vertreten ist. Stuttgart, Hamburg und Köln, — die letztere hat auch eine besondere Frauenpolizei. Das Hofratsamt beim Polizeipräsidenten Berlin, die Frauenhilfsstelle, die Tätigkeit der Sittenpolizei bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, geben den Besuchern Aufschluß über den Umfang ihrer Arbeit.

Einen bedeutenden Raum nimmt die Verkehrs- und Polizei ein. Der neue Verkehrsraum vom Potsdamer Platz in Berlin ragt auf hier in die Höhe, ein Modell der Baumreihe um Reichs- und Landtag zeigt die Polizei in Tätigkeit. Dem amerikanischen Beispiel folgt Mannheim mit seinen einprägsamen Plakaten, die in den Betrieben verbreitet sind, den handlichen „Gebote- und Verbote“-Plakaten. Stundenplanstafeln für die Schulen mit Abbildungen, ein Verkehrsmodell für Kinder und dergleichen mehr. In gleicher Weise geben Karlsruhe, Heidelberg, Krefeld, Bielefeld, die Hafenstädte weisen eine besondere Hafenpolizei auf, so die Rheinprovinzen, Hamburg, Bremerhaven, Cettin. Sie dient auch als Sicherheitspolizei. Hesse-Nassau bildet seine jungen Mannschaften als Pioniere zwecks Bekämpfung von Hochwassergefahr aus, die Sachgen verfügen über vorzüglich speziell gebaute Autos mit 45 Sitzen, deren Erscheinung allein schon auf die beabsichtigte Rolle hinweisend wirken muß, noch mehr natürlich taktvolles Vorgehen der Mannschaften, der Weidobienst auf der Straße findet bereits einen äußerst einfachen Meldeapparat vor, der mit einer einmaligen Umdrehung eines Schlüssel in Funktion gebracht werden kann.

Viel Aufmerksamkeit ist den Polizeischulen gewidmet, eine selbstverständliche Erscheinung, da die Polizei nicht mehr wie vor dem Kriege ihre Erbschleute dem Militär entnehmen kann, sondern sich selbst ihre Leute heranzubilden muß. Die preussische höhere Polizeischule bei Cöln neben Potsdam, die Frankfurter und sächsische Polizeischule, die holländische usw. haben hier ihre Lehrprogramme vorgelegt. Es wird erfreulicherweise Wert darauf gelegt, die Polizeianwärter psychotechnischen Prüfungen zu unterziehen, gewisse geistige Eigenschaften, die ihr Beruf an sie in erhöhtem Maße stellt, zu fördern, ihnen neben Sachkenntnissen auch staatsbürgerliches Wissen über ihre Rechte und ihre Pflichten gegenüber dem Bürger beizubringen.

Die Gebiete des Fahndungs-, des Kriminal- und Erkennungsdienstes sind in einer besonderen Fachausstellung untergebracht. Der Verbrecher bezieht sich in seiner Tätigkeit der neuesten technischen Errungenschaften. Da gilt es natürlich für die Kriminalpolizei auf der Höhe zu sein und sich der Photographie, der Telegraphie, der Chemie und anderer wissenschaftlichen Hilfsmittel zu bedienen. Der Fahndungsdienst hat sich die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiet der Technik zu eigen gemacht. Der Erkennungsdienst leistet vermittels der Daktyloskopie Hervorragendes. Da es nicht zwei Menschen auf der Welt gibt, die an ihren Fingern gleichverlaufende Papillarlinien besitzen, so gewährt der hinterlassene Fingerabdruck die Möglichkeit, den Täter mit absoluter Gewißheit herauszufinden. Die Methode des Festschaltens der Fingertabridie und auch verschiedene sonstiger Spuren, ihre Sichtbarmachung und Verwendung, die Methoden der Latent-Photographie, Verfahren der Entdeckung von Schriftfälschungen, Methoden von Feststellung von Fälschungen usw., spielen in dieser Ausstellung eine große Rolle.

Die Reichspost ist mit dieser Ausstellung eine große Rolle. Die Reichspost ist mit dieser Ausstellung eine große Rolle. Die Reichspost ist mit dieser Ausstellung eine große Rolle.

Alles in allem eine Ausstellung, die für die Tausenden deutschen Fachleute und die vielen erschienenen Ausländer eine Fülle von Anregungen bietet.

Genieure gelungen ist, ein Rettungsboot zu konstruieren, bei dem die Gefahr des Kenterns vollständig ausgeschlossen ist. Bei Versuchen, die mit dem neuartigen Rettungsboot gemacht worden sind, wurde es mit Hilfe eines starken Krabens bezwungen umgekipelt, daß es zu mehr als 80 Prozent längs des unteren Wasserstandes, Tragheim richtete es sich auf und zwar überaus schnell, und fehrte automatisch in die Normallage zurück.

Der Ku-Ang-Klan wieder an der Arbeit. Aus Clinton im amerikanischen Staate Massachusetts wird gemeldet: Der Ku-Ang-Klan, der seit längerer Zeit nichts mehr hatte von sich hören lassen, hat neuerdings wieder einen frechen Vorstoß unternommen. Als sich dieser Tage am frühen Morgen die Arbeiter einer Fabrik zu ihrer Arbeitsstelle begeben wollten, sehen sie ihren Weg von einem Trupp bewaffneter Männer versperrt, die sie sofort angreifen. Aber die Einzelheiten des Vorfalls sind noch näher nachzuerfragen. Man weiß nur, daß sich ein bewaffneter Handgemachte entwickelte, in dessen Verlauf es eine große Anzahl Verwundeter gab. Die Polizei, die zu spät kam, um Ordnung zu schaffen, mußte Truppen herbeizurufen, denen es nach Kampf gelang, die Angreifer in die Flucht zu jagen.

Paris im März. Bei dem Kriminalgericht in Savenna, der Hauptstadt eines der kleinsten Departements Frankreichs, der wegen seiner ungleichen Bevölkerungszahl zehenden Rang besitzt, ist im vergangenen Herbst, als der Täter im Gerichtsverfahren der Straftat eine hervorragende Rolle spielte. Es handelt sich um einen gewissen Katoel, einen kleinen, französischen, belagerten, der mit seinem Oheim des Landes angelegt ist. Nach der Verurteilung des letzteren wurde Katoel getötet in einem Lokal eine salzige Dosis kamm, mit der er einen nachfolgenden Anfall überwand. Unterwegs geriet er aber in einen Streit mit ihm. Daraufhin ließ er den Oheim töten und wurde der Oheim mit demselben Messer, das Katoel getötet hatte, tödlich verwundet. Dann wurde er das Autogramm des Oheims angelegt. Man weiß nicht, was der Oheim der Angeklagten, die getötet wurde, tat.

Vom 14. bis 28. Juni

Johannisiest

mit Hagenbecks Singhalesenschau

Heute: Rasenradball-Spiele Boxwettkämpfe der Amateur-Boxverbände

Dauernde Vorführung aller Sehenswürdigkeiten

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. — Dauerkarten bei Gebr. Barasch: Erwachsene nur 2.00 Mk., Kinder nur 50 Pf.
Geschlossen geführte Schulen zahlen pro Kind 30 Pf. als Eintritt zum Festplatz und Hagenbecks Völkerschau.

Morgen Sonnabend: Großes Kinderfreudenfest mit ungeahnten Überraschungen.

Stadttheater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Zauberflöte“
Sonnabend 8 Uhr:
„Kleopatra“
Dienstag:
„Singspiel“.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Neu einstudiert!
„Die Königin von Saba“

Lobe-Theater
Tel. R. 6774 u. R. 6760.
Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr
zu kleinen Preisen:
Missa von Barnhelm
Lustspiel von Lessing.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wer wagt am liebsten
von J. Hans Rehfisch.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Erstaufführung!
Sechs Personen
suchen einen Amor
von Luigi Pirandello.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telefon Ring 2545
Mittwoch 8 Uhr:
„Annette
von Bessan“
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
„Das Irrenhaus“

Thalia-Theater.
Sie haben nur noch wenige
Tage Gelegenheit,
den Lachschlager
Otto der Treue
zu sehen.
Anfang 8 Uhr.

Schlesisches Landesorchester
Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Südpark-Konzert
Wagner-Gesang-Abend.
Leitung: W. Mundry. [2866] Eintritt: 60 Pf.

**Unwiderruflich
nur bis
Mittwoch!**

Henny Porten
In ihrer besten Rolle
„Kammermusik“
Freitag, abends 8 Uhr:
Dr. Henschel
Lustspiel von Henschel
und Henschel, mit der Follie zu ihm
Ende 2 Uhr. Eintritt nur 30 Pf.

Proletarier!
Bewältigt die Hindernisse des
Sprachschwachsinnigen Lachts die
Wahnsinnige Esperanza, die
die von Arbeiter aller Nationen
gesprochen und versetzt wird

Theater des Nordens
Freitag 8 1/2 Uhr:
Das Klein-Sensations-Programm
Lustspiel von Henschel
Der große Lachschlager
Der Kampf um die Geliebte
Lustspiel von Henschel
Lustiges Spielprogramm.
Sonntag 8 Uhr — Sonntag 4 Uhr.
Lustiges Spielprogramm.

**Lieblich-
Theater**
Täglich 8 Uhr:
Der Sensations-Erfolg!
**Der Stolz der
3. Kompanie**
mit
Hartstein.
Danie und Genna
die Streikmacherskinder.
Herrmann Westrum
der Meisterbauer.
Hayley's Circus
der größte Lachschlager
und die
Internationalen
Attraktionen.
Druckerei Bollmann
jetzt moderner Druckerei
Breslau 2 Hofstraße 4/6

**BRESLAUER
WELT-BÜHNE**
Friedrich-Wilhelm-Str. 35 (vorm. Marmorhaus).
Nur 3 Tage!
Freitag, Sonnabend, Sonntag!
Beginn: Wochentags 6 und 1/2, 9 Uhr, Sonntags ab 4 Uhr.
Das selten hervorragende
Doppelprogramm!
Variété-Schau!
Persönliches Auftreten
des berühmten sächsischen
Meisterkomikers
Carl Grundmann.
Außerdem in Erstaufführung:
„Das Geheimnis der Liebe“.

Musikalien
Musikinstrumente
C. Becker,
Schöne, Stadthausstr. 12.
**Spottbillige
Wäsche**
Eisenerhänder . . . 1.50
Beinfleider . . . 1.80
Reiniger . . . 2.75
Doppeltuch . . . 1.80
für Mann u. Frauen
Rinnschüssel . . . 0.75
Schüssel, weiß . . . 7.50
Schüssel, blau . . . 3.50
Schüssel, weiß mit
Tupfen . . . 10.—
Küchenschürze . . . 5.—
Küchenschürze . . . 3.20
Reiniger . . . 5.50
Reiniger . . . 0.95
Schüssel . . . 0.25
Doppeltuch . . . 0.95
Schüssel . . . 3.25
Eisenerhänder . . . 2.50
Schüssel . . . 5.00
und vieles andere zu bei
Hanneberg
Reinigerstr. 12
Eingang: Reinigerstr.
Reiniger, 2. Stock.
daher so billig!

**Bis
Sonnabend, den 20. Juni,
garnierte und ungaranierte
Damenhüte
zu Serienpreisen:**
Mk. 2.85 Mk. 3.85
Mk. 5.85 Mk. 6.85
ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis
Sächsisches Damenhutlager
Klosterstr. 2, am Oblichen Stadtgraben.

**Auf Kredit (Teilzahlung)
Anzüge, Gummi-Mäntel**
jetzt und nach Maß.
Stoffe neuere zur Verarbeitung an.
Rob. Kiesel, Herrenkleiderfabrik
Katharinenstraße 3, I.

**Achtung!
Sammeln Sie mit Vorkauf!**
Führer und Wegweiser (mit den offiziellen
Farbzeichnungen der Touristenwege) für alle
schönen Gebirge und Landschaften in großer
Auswahl vorrätig!
Zum Ausschau! Einige Tausend Bücher
jetzt neuere zur Verarbeitung an.
aktuelle für jeden Geschmack und in jeder
Preiskategorie.
Volkswachtbuchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 5
Modernes Antiquariat.

Reichweise elegante
**Frad- u. Hoch-
Anzüge**
H. Mohaupt
Katharinenstr. 1, I. Tel. R. 1301
früher Albrechtstraße.

David: Referentenführer.
Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.
Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Stiebler's Tee
Blumige gehaltvolle Mischungen.
Probieren Sie unsere feinen Qualitäts-Mischungen!
Nr. 1 Hausalt-Mischung . . . 2.30
2 Hausalt-Mischung . . . 3.00
3 Spezial-Mischung . . . 3.20
4 Hotel-Mischung . . . 3.60
Nr. 5 Karlsbader Mischung . . . 3.80
6 Karlsbader Edelmischung . . . 4.20
7 Hochland-Mischung . . . 4.40
8 Mammut-Mischung . . . 4.60

Stiebler's Kakao
leicht löslich, von ausgeprägtem Wohlgeschmack.
1/2 kg 0.55, 0.70, 0.80, 1.00, 1.20, 1.40, 1.60.
Nr. 1 Kongo-Mischung . . . 3.40
2 Kongo-Mischung . . . 4.80
3 Südländische Mischung . . . 5.00
Nr. 5 Südländische Mischung . . . 5.80
6 Mandarinen-Mischung . . . 6.80
7 Darjeeling-Mischung . . . 8.00

Stiebler's Feinkost
Holl. Salamiwurst . . . 1/2 kg 1.60
Holl. Jerselatwurst . . . 1/2 " 1.70
Saffranwurst, gebr. . . 1/2 " 2.20
Schinkenwurst . . . 1/2 " 1.80
Landfleischwurst . . . 1/2 " 0.90
Schweizer Käse . . . 1/2 " 1.40
Dän. Roquefort . . . 1/2 " 1.40
Holl. Camembert . . . 1/2 " 1.00
Eiländer Käse . . . 1/2 " 1.00
Kamembert . . . Stück 0.20
Sachs, gekocht . . . Dose 550 g 1.10
Delftaden . . . Klub-Dose 0.55
Butterquark . . . Bund 1.20
Zettelmilch . . . 1/2 kg 0.60
Landfleischwurst . . . 1/2 kg 1.80
Schweizer Käse . . . 1/2 " 2.00
Dän. Roquefort . . . 1/2 " 0.16
Holl. Camembert . . . Stück 0.10
Eiländer Käse . . . Stück 0.10
Kamembert . . . Stück 0.20

Stiebler's Weinkellerei
Wir beziehen unsere Weine ausschließlich aus erster Hand von
der Mosel und vom Rhein und sind deshalb in der Lage, aus
eigener Kellerei bestgeeignete, flaschenreife Weine zu mäßigen Preisen
anzubieten.
Moselweine.
1924er Obermoseler, leichter, guter Tischwein 18.50
1922er Biebracher, reinlich, blumig 16.50
1922er Trarbacher, Berggarten, gehaltvoll und mürzig 18.50
1922er Trarbacher, Steffensberg, fein, vollmundig 20.00
1922er Trarbacher, Schwarzer, blumig, raffig 23.50

Rheinweine.
1922er Rhenischer, feiner, reifer Tafelwein 14.00
1922er Rhenischer, voll und mündig 14.00
1922er Rhenischer, blumig und voll 15.00
1922er Rhenischer, raffig und edel 17.50
1922er Rhenischer, feine Art, blumig 20.60
1922er Rhenischer, voll und mürzig 23.50
1922er Rhenischer, edle Art 25.00
Die Preise verstehen sich für je 10 Flaschen einschließlich Steuer,
Flasche und Kiste. Zuführung durch die Bahn franko von 20 Flaschen
an. Die Zusammenstellung kann beliebig erfolgen.
Probierflaschen ohne Preisermäßigung werden gern abgegeben.
Bestellungen Sie unsere Preisliste.
Otto Stiebler
Breslau, Zwingerplatz 5, und 26 Filialen.
Größtes Import- u. Versandhaus in Ost-Deutschlands.

Sozialdemokratische Partei
 Partei-Sekretariat:
 Gewerkschaftshaus, Zimmer 26
 Telefon: Df. 1832.

Direktionsleiter, Frauenleiterinnen! Klatsche für die Versammlung am Montag mit der Genossin Juchacz als Rednerin. Sie sind heute bestimmt im Parteisekretariat abzuholen.

Sozialistische Studenten. Wir weisen nochmals auf den heute abend 8 Uhr stattfindenden Vortrag von Herrn Professor Dr. Rosenfeld über „Ethik und Sozialismus“ hin. Alle interessierten Parteigenossen, vor allem aber die Jungsozialisten und die Mitglieder des Bundes der Freunde sozialistischer Akademiker sind eingeladen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. Juni.

Höchste Alarmbereitschaft tut not!

In allen Betrieben, bei jeder Gelegenheit muß auf die unersetzten Ausplünderungsversuche der Rechtsrogierung in den Zoll, Steuer- und Aufsichtungsfragen hingewiesen werden. Scheitert es laut, daß es auch die Gleichgültigsten hören, in alle Fälle, daß ihr die Verwirklichung der Mietspiegelungsabsichten der Rechtsparteien bei euren großen Einkommensgehältern einfach nicht ertragen könnt. Dagegen durch unermüdete Aufklärungsarbeit denen die Augen, die blindlings durch Unterfütterung des Klassengegners ins Glend tiefen und auch mitzureißen drohen.

Entschloß durch strengste Agitation eine Volksbewegung von solcher Macht und Stärke, daß den profitgierigen Schwerverdienern angst und Bange vor der Verwirklichung ihres Raubzuges wird.

Mittels die Frauen und Säugigen auf Stärke die proletarische Klassenfront und werbi unermüdet für eure besten Stützen in diesem Kampfe,

für Partei und Presse!

Platzmangel! Zurüdtreten!

So rief gestern Abend im Garten des Schieferbergs ein ansehnliches Aufgebot von Polizeibeamten nach Beendigung des Konzertes der Wiener Philharmoniker.

Was gab es nach dem Konzert im Garten dieses Lokals denn nun eigentlich zu sehen? Nur ein Auto, das stand vor der Haupteingangstür, wo nie ein Auto stehen darf, und wartete. Auf wen? Nun auf J. H. R., den Herrn von Dels und Charzewski, den Exkonprinz, der sein Herrschen, sich vom öffentlichen Leben fernzuhalten, so ernst nimmt, daß er sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Ovationen darbieten läßt.

Er hatte das Konzert besucht, seine Frau auch. Als er den Saal verließ, stand eine große Anzahl Leute, die nicht alle werden, um den Wagen und brüllte Hurra. Und die Polizei rief: Zurüdtreten! Platz machen! Ganz wie früher. Es war herrlich.

Wir oder fragen: Seit wann ist es üblich, daß auf städtischem Grund und Boden das Auto eines Herrn stehen darf, der zufällig Hohenzollern heißt, während die Einfahrt für jeden anderen Wagen verboten ist?

Wir möchten auf diese Frage Antwort haben.

Großstadtluft und Staubplage.

Sehr häufig hört man jetzt über die Staubplage in Breslau, wie überhaupt über die unzulängliche Sauberhaltung der Straßen Klagen laut werden. Wenn man daran denkt, wie früher der „Spritzwagen“ zum Gaudium der Kinder und zur Befriedigung der Erwachsenen zum täglichen Straßenbild gehörte, während jetzt der Anblick von Straßenpöngung höchst selten einen erfreut, wenn man hinzunimmt den bei weitem gesteigerten Verkehr, besonders durch Autos, die nicht nur auf der freien Chaussee, sondern auch innerhalb der Stadt wahre Staubwolkenwirbel sind, so wird man diese Klagen als sehr berechtigt erkennen. Möglichst staubreie Straßen sind überhaupt für einen größeren Straßen- und speziell Kraftwagenverkehr notwendige Voraussetzung, soll die Gesundheit der Bürger nicht Schaden nehmen.

Eine Vorkellung von der gesundheitschädlichen Luft einer Großstadt und damit auch von der außerordentlichen Bedeutung der Straßenpöngung für die Entstaubung und Entfeimung der Luft kann man sich machen, wenn man sich die Zeilen vor Augen hält, welche Dr. Fritz Kahn in seinem Buche „Das Leben des Menschen“ in dem Kapitel „Großstadtluft“ schreibt. Er weist dort nach, daß die Zahl der Bakterien in einem Kubikmeter Luft morgens 400 beträgt, mittags schon 8000, abends gar 11000. In geschlossenen Räumen, so schreibt er, steigt die Zahl der Bakterien zu geradezu enormen Mengen an, so in Restaurants, Warenhäusern, Theatern bis zu 14 Millionen Keimen. Zum Glück sind die Bakterien der Luft im großen und ganzen harmlos, da sie nur in einer bestimmten Temperatur sich halten und wo diese nicht vorhanden ist, bald absterben. Wie könnte auch sonst der Großstadtmensch überhaupt lebensfähig bleiben. Trotzdem bleibt natürlich die Notwendigkeit bestehen, alle nur möglichen Vorkehrungsmaßnahmen zu ergreifen, daß solche Keime und Staubteilchen nicht in größerer Menge die Luft erfüllen und von den Menschen eingeatmet werden, und zu diesen Maßnahmen gehört eben die Straßenpöngung.

Sehr interessant ist nach dieser Richtung, was aus Krieg berichtet wird. Dort wurde zur Bekämpfung der Staubplage infolge des Kraftwagenverkehrs am letzten Mittwoch auf der Breslauer Chaussee eine Versuchsstrecke von 100 Meter Länge von den Chemikern Werken A.-G. in Betrieb mit einer besonders präparierten Teermasse gesetzt. Diese Masse überzieht die Oberfläche mit einer dünnen Schicht, die mit Sand überschüttet wird und dann schon bei Regen verschwindet. Der Staub wird dadurch gebunden. Dieses Verfahren hat, wie die Versuchsstrecke bewies, sich bewährt und die genannten Chemischen Werke haben bereits verlässliche Aufträge von städtischen Kreisen erhalten, ihnen die Chausseestrecken zu leeren und dadurch staubreie zu machen.

Damit sind für alle Ausfahrten gegeben, daß vielleicht auch einmal die Straßen der Großstadt so behandelt werden, daß von einer Staubplage nicht mehr die Rede sein kann. Bis dahin hat es jedoch noch gute Weile und so gilt es, mit aller Energie die Wünsche der vielen zu unterstützen, die das ganze Bestreben in der Straßenreinigung und Staubberäumung im Interesse der Gesundheit der beverehrenden Bürger erkennen.

Die Paraderzinnungen zum Reichshannertag

traten gestern Abend bereits öffentlich in Erscheinung. In perlickenden Stellen der Stadt wurden Girlanden gezogen, an anderen erschienen die ersten schwarz-rot-goldenen Fahnen. Am heutigen Morgen konnten wir in einzelnen Straßen bereits

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Es ging diesmal schneller als sonst. Die Ferien machen sich bemerkbar. Die Reihen der Stadtverordneten sind bereits merklich gelichtet. Vielleicht trug auch die Erregung in der letzten Sitzung dazu bei, daß diesmal alles in Ruhe und Ordnung vor sich ging. Entscheidende Momente gab es mehrfach bei dem vollen Antrag gegen die Anleihe.

Die Aufnahme der künftigen Millionenanleihe begründete Stadtv. Goehlig (Dnt.) für den Ausschuß II und Weasne (Dnt.) für den Ausschuß V. Die Summe, auf die sich die Anleihe belaufen soll, wurde um 800 000 Mark auf 21 800 000 Mark erhöht. Die 800 000 Mark werden für den Neubau der einen Markthalle, Erweiterung der Verkehrs-einrichtungen und Anleihekosten benötigt.

Stadtv. Koesling (Dnt.) benutzte die Gelegenheit, um ein gutes Beispiel für die Untertanen in wirtschaftlichen Dingen zu bringen, die seiner Fraktion eigentümlich ist. Er beschwerte sich nämlich über die hohen Zinsen der Anleihe (7 Prozent!) und wollte das notwendige Geld durch eine neu zu gründende Bau- und Wirtschaftsbank aufbringen. Er mußte sich von Rednern aller Fraktionen eine gehörige Abreibung gefallen lassen, da es ihm nicht einmal gelungen war, die Höhe der Zinsen für die Anleihe rechnerisch festzustellen. Seine Anträge fanden nicht die zur Beratung notwendige Unterstützung. Die Ausschüsanträge bezüglich der Anleihe wurden angenommen.

Vorortkinder in den Breslauer Schulen. Stadtv. Biesch (Soz.) begründete ein Gutachten des Ausschusses 3 auf Zulassung von Kindern aus Vorortgemeinden in den Breslauer Volksschulen. Die von Stadtv. Kuch vorgeschlagene Nichtzulassungspolitik verärgerte die Gemeindevorstände und über keineswegs einen Druck zur Eingemeindung aus.

Stadtrat Kuch versuchte die Ablehnung des Ausschüsantrages nochmals zu retten. Jedoch fand die von ihm beantragte Verärgerungspolitik keine Zustimmung. Der Ausschüsantrag wurde schließlich mit einem Zusatzantrag Sauermann (Sp.), der die Errichtung neuer Klassen in Verfolg des Ausschüsantrages verhindern soll, angenommen.

Kabatte an Großabnehmer von Gas. Stadtv. Kuffert (Soz.), der als Ausschü-Berichterstatter für die Ablehnung der Kabatte an Großabnehmer sprechen mußte, bemerkte dazu, daß seine Partei sich nach den Ausschüberatungen auf einen anderen Standpunkt gestellt habe. Der Magistrat habe den Beschluß der Stadtverordneten, den Gaspreis auf 18 Pfennige herabzusetzen, angenommen. Die Sozialdemokraten geben daher ihren Widerstand gegen die Kabatte auf und empfehlen entgegen dem Ausschüsantrag die Annahme der Magistratsvorlage. Im gleichen Sinne äußern sich auch die anderen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, so daß die Vorlage angenommen wird. Aus der kurzen Debatte über diesen Gegenstand ergab sich noch, daß die Stadt auch über Kabatte an Kleinabnehmer bereits Erwägungen und Berechnungen angestellt hat.

Noch keine Erörterung der Friedhofsverhältnisse. Stadtv. Widera (Soz.) berichtete über das Magistratsgutachten bezüglich der Veränderung der gesamten Verwaltung der städtischen Friedhöfe. Nach einem früheren Antrag der Sozialdemokraten handelt es sich vor allem darum, die kirchlichen Institutionen als unbedingt notwendige Vermittler zwischen Sterbehäusern und Grab zu befestigen. Es sollte in Zukunft auch möglich sein, ohne kirchliche Beteiligung einen Toten auf den städtischen Friedhöfen zu begraben.

Aus dem Gutachten ergibt sich jedoch bedauerlicherweise, daß rein rechtliche Schwierigkeiten bestehen, da nach dem Gesetz von 1807 die Kirchengemeinden ein Recht auf die Beerdigung haben. Immerhin ergeben sich noch einige Möglichkeiten, weshalb der Berichterstatter um Überweisung in die Ausschüsse bittet.

Der zweite Teil der Debatte behandelt die kostenlose Beerdigung. Auch bei dieser sozialdemokratischen Forderung ergehen sich Schwierigkeiten durch die Kirchengemeinden. Genosse Widera wies jedoch darauf hin, daß in vielen anderen Landesteilen die kostenlose Beerdigung durchgeführt ist, so in Sachsen und Thüringen ganz, in Baden und Oldenburg teilweise. Bei der ungeheuren sozialen Bedeutung der kostenlosen Beerdigung — bedeutet doch für die meisten Hinterbliebenen die Beerdigung eine finan-

zielleren Flaggenschmuck bemerken. Wir fordern alle republikanisch gesinnten Mitbürger auf, noch im Laufe des heutigen Tages diesen Beispielen zu folgen und so auch äußerlich unserer Stadt republikanisches Gepräge zu geben.

Der Fackelzug heute Abend wird durch folgende Straßen geführt: Reichspräsidentenplatz, Kaiser-Wilhelm-Straße, Schweißniger Straße, Tannenbühlstraße, Telfenstraße, Poststraße, Wörschstraße, Schulstraße, Innenstadtschloß, Rosenfelder Straße, Wörschplatz. Dort Verbrennen der Grenzpfähle. Redner: Stadtverordneter Frey und Studentenzahl Koflowski.

Eine beschränkte Anzahl Karten zum Festakt im Messehof am Sonntag sind noch im Bilzo des Reichsbanners, Nikolaistraße 7 (Hof) zu haben.

Fahnen

sind in vielen Geschäften in den letzten Tagen ausverkauft worden. In unserem Parteisekretariat kann man noch Fahnen von sehr guter Qualität kaufen, die für Parteizwecke angeschafft sind. Sie stellen sich ihrer Qualität entsprechend im Preise etwas höher, dafür aber sind sie weiterbeständig. Zwei schöne große Fahnen, rot und schwarz-rot-gold, kosten 11 Mark. Es kann aber auch eine einzelne Fahne gekauft werden.

Kämpfung, Arbeiter-Samariter!

Die Veranstaltung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold macht es erforderlich, daß zur Wachenstellung für die Beurlaubungen alle Mitglieder der Kolonne, die erfüllt sind mit reichem Samaritergeist, sich der technischen Vertung zur Verfügung stellen. Für alle Beurlaubungen bis auf den Festzug sind die Wachen bereits eingeteilt. Zum Festzug sind den einzelnen Parteibereitschaften Anweisung zum Aufstellen von Straßensperren gegeben. Zur Aufstellung der Straßensperren treffen sich die Mitglieder der Beurlaubungen wie folgt:

1. Abteilung (Mittelteil) um 12 Uhr an der Freiheitstraße.
2. Abteilung (Vorder) um 1 Uhr an der Freiheitstraße.
3. Abteilung (Hintert) um 1 Uhr an der Freiheitstraße.
4. Abteilung (Hinter) um 1 Uhr an der Freiheitstraße.
5. Abteilung (Gabel) und (Gabel) um 1,30 Uhr an der Freiheitstraße.

zielle Katastrophe — müssen noch einmal alle einzelnen Punkte genau nachgeprüft werden. Insbesondere bedarf die Frage der Kostenbedeckung noch der Klärung. Darum soll auch der zweite Teil der Vorlage in die Ausschüsse gehen.

Stadtv. Humen (Komm.) hält das Gutachten für miserabel und bringt Beispiele aus den Verhältnissen anderer Städte. Im Übrigen seien die Kommunisten nicht feindlich feindlich. (1)

Stadtv. Seppelt (Zent.) hält eine nochmalige Ausschüberatung für unnötig, da die Wünsche der Sozialdemokraten vom überwiegenden Teil der Bevölkerung abgelehnt würden. (?)

Stadtv. Thum (Dnt.) betont noch deutlicher als sein Vorredner, daß es sich um eine kirchenfeindliche Sache handle, die man nicht unterschätzen darf.

Stadtv. Bergmann (Dnt.), der „Annermeidliche“, spricht von der Sorge seiner Kirchengemeinde. Es entschließt sich dabei die Bemerkung, daß die Kirchengemeinden mit den Begründungen ein gutes Geschäft machen!

Stadtv. Widera (Soz.) weist im Schlußwort die Behauptungen, es handle sich um eine religiöse oder kirchliche Frage, zurück. Die kirchliche Beerdigung sei eine absolute soziale und praktische Frage. Es sei niemandem benommen, sich weiter kirchlich beerdigen zu lassen. Die Kosten, die der Stadt daraus erwachsen, werden sehr überschätzt. Es handelt sich um höchstens 600 000 Mark, für die Deckung geschaffen werden kann. Die Beerdigung des Stadtv. Bergmann sei typisch für die Aufschüpfung einzelner Kirchengemeinden. Die Stadt möge bei der Beerdigung kein Geschäft, sondern sei noch zu. — Der Antrag auf Ausschüberatung wird schließlich mit 32 gegen 27 Stimmen angenommen und die Vorlage in die Ausschüsse 2 und 6 überwiesen.

Eine Krankenliste für Beamte und Angehörige wünscht Stadtv. Stein (Dnt.). Der Magistrat möge eine herartige Vorlage bringen.

Ein Magistratsvertreter weist auf die bereits bestehende Kollinger Krankenliste hin, die bei niedrigen Beiträgen hohe Leistungen bietet. Nach einem langen Hin und Her läßt sich der Antragsteller zur Einsicht in die Unmöglichkeit seines Planes bringen und zieht seinen Antrag zurück.

Bei dem Magistratsverhandeln bezüglich Auflösung des Kuratoriums für Tischler und u. a. gelangte ein Antrag der Genossin Jils-Eckstein zur Annahme, der die Auflösung lediglich auf das Kuratorium der Tischler beschränkt, dagegen die Deputation für Jugendberufshilfe und die Deputation für die Arbeitslehrekolonie für Schwachbegabte in Jimpel dem Jugendamt eingliedert. — Bei der Beerdigung der Flüchtlingensänderung auf der Gräbner Straße wies Genosse Wolff darauf hin, daß die Arbeiten sehr dringend wären. Der Magistrat solle sich jetzt einmal die Diebstahlfrage ansehen. Drei herrschen nach den Schließungen des Redners ganz unerhörte Zustände. Was Genosse Stope bestrafte. Die Straße starrt vor Schmutz und bildet an Regenlagen einen einzigen großen Lärmel. Dazu wurde noch vom Magistrat einem an der Ecke Diebstahlstraße wohnenden Geschäft die Errichtung eines Kesselschildes mit der Begründung unterlegt, das störe das Straßenbild! Der Magistratsvertreter mußte nur zu erwidern, daß die Straße Privatbesitz ist. Hoffentlich brauchen die Bewohner der Straße dann auch nur weniger Steuern zahlen?

In der Ausschü I wurde die Vorlage betreffend Abhebung von Privatbesitzverträgen mit Bezügen der Heilstätte in Herrnsdorf verworfen. Ohne Aussprache wurden folgende Vorlagen genehmigt: Erhöhung des Mindestpachtzins für die Gaststätte im Schieferberg, Erwerbung von Straßenland aus den Grundstücken Sternstraße 125 und 126/27, Errichtung eines Wagenschuppens auf dem Viehhof, Instandsetzung der Obstbäume an der Namern-Waldenhofer Pflesterstraße, Erhöhung des Patronatszuschusses für die Pfarrbesoldung in Nienberg, Deckung der Ausgaben für den Kaufhof, Erweiterung der Elektrizitätswerke 1922, Erwerbung von Straßenland an der Kaiserstraße, Berechtigung von Mitteln zur Beschaffung von Elektrizitätszählern, Änderung des Fluchtlinienplanes der Hellerstraße, Bau eines Kanals in der Kuratierstraße, Erwerbung eines Geländestreifens von dem Grundstück Uhlendorferstraße 66/68, Gutachten des Ausschusses V betr. Errichtung von Räumen für einen Automaten des Selbstsprechapparatensystems im Stadthaus, Gutachten der Ausschüsse II und III betreffend Errichtung von Aufzügen- und Beförderungseinrichtungen für die Lehrkräfte an den Handels- und Berufsschulen, Veräußerung der Mittel für Erneuerung von Drainierungen in Steine-Wüstendorf und Bau zweier Bedürfnisanstalten an der Tiengarten, Ecke Magstraße, sowie Wörsch-, Ecke Kaserstraße.

Mitglieder der 6. Abteilung (Brocken), soweit noch nicht anderweitig eingeteilt, treffen sich 1,30 Uhr ebenfalls am Fackelzug am Freitagabend wird die Wachenstellung in der alten Weise erledigt. Die Samariter begleiten die einzelnen Banner von ihren Sammelorten bis zum Reichspräsidentenplatz und von dort aus geschieht dann die Begleitung wieder in der üblichen Weise.

Bei allen Veranstaltungen sind die ausgegebenen Ausstattungsgegenstände mitzubringen. Die Befehlskarten sind gefüllt mitzubringen. Wo nochmals, kein Mitglied fehlt! Alles, auch passive Mitglieder sind für diesen Tag zum Erscheinen verpflichtet!

Frei-Willig-Transparente

im Format 48x64, zweifach auf weißem Karton gedruckt, sind in der Buchdruckerei der „Volkswacht“ als auch in der Buchhandlung zu haben. Preis 30 Pfennige.

Die Wörschstraße

hing anläßlich der Garküche-Tagung auch über den Lokallichtenschein Graf (Lichtenhainer Spezial-Ausgleich), Dominikanerplatz 5.

Was wird aus den Breslauer Bühnen?

Die Frage der Breslauer Privatbühnen beschäftigt am Mittwoch den Magistrat. Ein eingehender Bericht wurde zunächst nicht gefordert, da der Magistrat die Zeit für ein weit vorgeschrittenes und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bühnen für zu wenig günstig hält, um schon jetzt ein bindendes Abkommen treffen zu können. Man kam jedoch überein, die Verhandlungen weiter fortzuführen in dem Bestreben, möglichst ein Einverständnis zu erzielen, das den Bestand der Breslauer Bühnen in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht und das Wohlbefinden der Bühnenmitglieder der Stadt Breslau zu sichern. Also kann man sich nicht vorstellen, daß die Bühnen in absehbarer Zeit aufgelöst werden. Die kommenden Spielzeit wird leider wohl nur eine kurze sein. Die Bühnen bringen immerhin in der nächsten Zeit ein eingehendes Abkommen. Dr. Rosenfeld hält die Verhandlungen für drei Bühnen übernimmt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Afa-Kongress.

Der dritte und letzte Tag des Afa-Kongresses brachte zunächst ein großzügiges Referat von Fritz Schröder über den Kampf um die Einheitsgewerkschaft. Temperamentvoll zeichnet er bis in alle Einzelheiten die Entwicklung dieses Kampfes. Wenn einst der Staat alle Teile des Verfallenen Vertrages beden wird, so werden die schaffenden Stände der Völker den einen Teil, die Lösung der sozialen Frage, niemals in Vergessenheit geraten lassen. Zum ersten Male wurde hier der Versuch unternommen, eine praktische Form zu schaffen für die sozialen Grundlagen des Weltfriedens. Den größten Teil seiner Ausführungen widmete Schröder jener Zeit, in der in Deutschland nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes die vereinigte Reaktion des deutschen Unternehmertums daran ging, aus eigener Machtvollkommenheit das bestehende Recht in Deutschland außer Kraft zu setzen. Unvergessen werde dabei bleiben, wie die Reichsregierung das wackere Treiben immer und immer unterstützte, sobald sie sich unter den Wirkungen der die Arbeitnehmerschaft zermürbenden Inflation das lässliche Ende des Achtstundentages herbeiführt werden konnte. Nun aber müsse der Kampf der Gewerkschaften um die Einführung des Achtstundentages von neuem beginnen und dazu müssten alle Mittel, vor allem außerparlamentarische, eingesetzt und die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gezwungen werden. Eingehend widerlegte Schröder in diesem Zusammenhang die Behauptung, daß angesichts der Reparationslasten der Achtstundentag in Deutschland nicht durchführbar ist. Er konnte überzeugend nachweisen, daß nur bei verminderter Arbeitszeit die Qualität der deutschen Industrie sich hebt und damit die deutschen Produkte auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig werden.

An Schröders Referat, das wiederholt von großem Beifall unterbrochen wurde, schloß sich eine längere Aussprache, an der sich Quebegeest und Smith-Amsterdamb beteiligten. Der erste erwähnte, welche Wichtigkeit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland zukomme. Auf Grund seiner Erfahrungen sei ihm klar geworden, daß Deutschland nur deshalb nicht ratifiziere, weil die internationale der Arbeitgeber es bisher nicht zugelassen habe. Deutschland, das früher jahrhundertlang in der Sozialfrage an die Spitze der Nationen gehöre, heute zu den sozial rückständigsten Ländern, beschämt von Polen und der Tschechoslowakei. Quebegeest machte darauf aufmerksam, welche Gefahr von Frankreich drohe, weil sich dort 1.500.000 Italiener, 600.000 Polen und 400.000 Russen befinden, die alle Analphabeten und den Gewerkschaften nicht zugänglich seien.

In seinem Schlusswort wies Schröder auf den Kampf mit allen außerparlamentarischen Mitteln hin, durch den man nicht nur die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sondern seine Ergänzung durch ein neues Arbeitszeitgesetz erreichen müsse. Der Kongress nahm dann folgende Entschlüsse an: Der zweite Afa-Gewerkschaftskongress in München stellt mit Bedauern fest, daß die deutsche Reichsregierung entgegen den wiederholten Antritten im Reichstag sich bis zum heutigen Tage weder mit einem Entwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz noch mit einer Vorlage zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens beschäftigt hat. Angesichts der heutigen Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen Massenarbeitslosigkeit ist aber die gesetzliche Wiedereinführung des Achtstundentages dringender denn je geworden. Das neue deutsche Arbeitszeitgesetz muß gleichzeitig die Voraussetzung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens enthalten. Der Kongress stellt in der Ratifizierung das Mindestmaß einer notwendigen internationalen Verständigung über Arbeitszeit, um damit das soziale Dumping einzelner Länder auf diesem Gebiete auszuschalten. Der Kongress fordert die Parteien des Reichstages auf, alle parlamentarischen Mittel zur Beschleunigung der Verwirklichung dieser Forderung anzuwenden. Er bat auch den Bundesvorstand, diese parlamentarische Aktion mit allen, dem Afa-Bund zur Verfügung stehenden Kräften und gewerkschaftlichen Mitteln außerparlamentarisch zu unterstützen.

In einer ebenfalls einstimmig gefassten Entschließung protestiert der Kongress ferner gegen die Methode, auf dem Verwaltungswege das geltende Arbeitsrecht über die Sonntagsruhe außer Kraft zu setzen. Er fordert deshalb die sofortige Zurücknahme der Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums und befragt gleichzeitig den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Antrag über die Sonntagsruhe der Angestellten.

In der Nachmittagssitzung führte Kurt Heintz, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine neue scharfe Klinge gegen das deutsche Unternehmertum, und zwar in der Steuerfrage. Mit Entrüstung nahm der Kongress Kenntnis von der böswilligen und schamlosen Behauptung der Unternehmer, daß die Gewerkschaften unfähig gewesen seien, die nationalen Notwendigkeiten beim Kampf um Rhein und Ruhr zu erkennen. An der Hand eingehenden statistischen Materials widerlegte Heintz die vielen falschen Angaben der Unternehmer über den Materialstand ihrer Betriebe und ermahnte, wenn irgendwo abgebaut werden müsse, so sei es bei den Direktoren der Werke, von denen die deutsche Industrie mindestens 100.000 zu viel habe. An 260 der wichtigsten deutschen Unternehmen kann man gegenüber dem Frieden eine Zunahme der Arbeiterkraft um nur 1,3% feststellen gegenüber der Zunahme der Direktoren um 60%. Nicht minder notwendig sei ein Ausbau des deutschen Unternehmertums selbst, das sich seit der Inflation gewaltig vermehrt habe, auf Kosten seiner Qualität. Anschließend forderte Heintz die öffentliche Durchsetzung der Steuerpflicht und der Steuerleistung, weil nur dadurch die Möglichkeit gegeben sei, zu verhindern, daß von 1929 an (Dawesgesetz) die Reparationslasten nicht von den breiten Massen des Volkes, sondern in erster Linie von den Unternehmern getragen werden.

Auf Grund dieses Referats nahm der Kongress eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Der ausgeprägte Grundgedanke der derzeitigen Reichssteuererhebung ist Schutz und Förderung der Großkapitalbildung. Der 2. Afa-Kongress ist nicht gewillt, widerstandslos die Ausdehnung und Herrschaft in der unethischen Staatsfinanz- und Wirtschaftstheorie einer falschen Steuer- und Produktionspraxis zu dulden. Er redet nicht darauf, daß seinem Verlangen nach Umkehr und Beseitigung neuer gewinnmühtiger Wege von Staat und Wirtschaft freiwillig gefolgt wird. Deswegen werden die im Afa-Bund zusammengeschlossenen Verbände mit aller Kraft und überall dafür einzutreten und dahin zu wirken, daß die Erkenntnis der wahren Zusammenhänge in Wirtschaft und Staat Verbreitung finden. Die im Afa-Bund zusammengeschlossenen Angestellten-Gewerkschaften wollen den Kennzeichen wieder in den Mittelpunkt der Produktion stellen. Der Weg zu diesem Ziel fordert wirtschaftlich die Erfassung der großen Gewinne und die Freimachung der Kaufkraft des Volkes von übermäßiger Verbrauchsbelastung volkswirtschaftlich die Befreiung aller überflüssigen, produktionshemmenden Substanzen und Umgestaltung des Produktionsprozesses unter gemeinschaftlichen Gesichtspunkten, zu denen immer die Einkahlung des Staats in den Besitz aller Verdienquellen gehören wird.“

Dann hielt der Schöpfer der Weimarer Verfassung, Minister a. D. Preuß einen Vortrag über den sozialen, demokratischen und nationalen Inhalt der Deutschen Republik, dem der Kongress mit größter Aufmerksamkeit folgte. Bemerkenswert war, wie Preuß die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie seit 1918 würdigte, indem er erklärte: Die Haltung der SPD in den Jahren seit 1918 haben wir rühmend anzuerkennen. Sie war staatslos, national und demokratisch im Sinne des Wortes, und sie machte ihrem Namen Ehre. Sozial und demokratisch zu sein. Darauf es ankommt, ist das demokratische und das soziale Prinzip nicht miteinander vereinigen zu lassen zum Nutzen derer, die antizipal und antidemokratisch im Dienste der Reaktion und des Monopolkapitalismus stehen. In jener ungeheuren Notlage nach 1918 war die einzige Möglichkeit der Rettung, nachdem alle Falschgötter und Götzen

zusammengebrochen waren, der Aufbau des deutschen Volkstaates auf sozialer, demokratischer und nationaler Grundlage. Ohne diesen Gemeinschaftsgeist, dem nationalen, demokratischen und sozialen Prinzip wäre das Reich auseinander gefallen, denn die rein obrigkeitliche Macht hätte an Rhein und Ruhr nicht die Söhne des Vaterlandes beieinander halten können. Sie sind national treu geblieben, weil sie von unten her, also von der Arbeiterschaft, diesen Willen hatten. Drei Mal verberbtlich wäre es unter diesen Gesichtspunkt, wenn man den sozialen Kämpfen nicht ihre ruhige Bahn ließe. Der Sozialismus ist in Wirklichkeit garnicht zu fürchten. Was zu fürchten ist, ist die soziale Reaktion, und diese Gefahr ist riesengroß, nachdem in der Furcht vor dem Zusammenstürzen der sozialistischen Quelle der Monopolkapitalismus so ungeheuerliche Triumphe feiern konnte. Diese Gefahr ist umso größer, als die Sozialreaktion sich anjähert, sich angedlich mit der Republik und der Weimarer Verfassung auszuweihen. Zur Bannung dieser Gefahr müssen alle jene zusammenstehen, denen die Verfassung von Weimar und ihr sozialer, demokratischer und nationaler Inhalt am Herzen liegt.

Stimmiger Beifall dankte dem Redner. Hierauf fasste Genosse Aufhäuser das Ergebnis des Kongresses zusammen, dessen Beratungen getragen waren von reiner Sachlichkeit und innerer Entschlossenheit. Der Kongress hat einstimmig beschlossen: Es bleibt bei dem freigewerkschaftlichen Programm von Düsseldorf unter voller Wahrung unseres hohen Endzieles. Die Organisations des Afa-Bundes wollen eine wirkliche Volksgemeinschaft, aber nicht eine solche, wie die heutige Reichsregierung sie prägt, sondern eine solche, in der die Arbeit alle in Rechte und Wohl gibt. Wir wollen den Kampf, den die heutige Regierung zusammen mit dem Landbund und dem Reichsverband der Deutschen Industrie gegen die schaffenden Stände des Volkes führt, freigeizig zu Ende bringen, und zwar in einem Klassenkampf, der nicht Selbstzweck ist, sondern zur Abschaffung der Klassen selbst führt. Für diesen Kampf der wirtschaftlichen und sozialen Bewegung ist uns die Weimarer Verfassung die Basis. — Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Internationalen Gewerkschaftsbund von Amsterdam beschloß Aufhäuser den Kongress.

Zum Verbandstag des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Die dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, die in der Woche vom 21. bis 28. Juni in Köln stattfand, wird unter den großen Tagungen, welche die Organisation der Staatseisenbahnen während der Dauer ihres Bestehens abzuhalten hat, eine bedeutende Stellung einnehmen. In die Jahre seit der letzten Generalversammlung fielen die Ruhrbesetzung, der Zusammenbruch der Reichsregierung, die Wirtschaftskrise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit, der Personalabbau, die Umwandlung der Reichsbahn in ein Aktienunternehmen und schließlich der Verlust des gesetzlichen Achtstundentages, sowie die schleppende, wirtschaftliche Depression der Stabilisierungszeit mit ihren Lohnbewegungen zur Wiederherstellung einer erträglichen Lohnbasis. Während des Ruhrkampfes standen die Eisenbahner sowohl als Staatsbedienstete wie infolge der Natur ihrer besonderen Stellung innerhalb des Wirtschaftslebens im Vordergrund der Arbeit. Daher traf sie auch am Ende des Krieges der „Dank des Vaterlandes“ am heftigsten, denn er wurde abgelehnt in Gestalt eines rücksichtslosen Abbaues der nun überflüssig gewordenen Kräfte.

Mitten in diesen Erklärungen traf die Massenarbeitslosigkeit auch die Eisenbahner und ihren Verband. Sie traf sie härter, als andere Arbeitnehmergruppen, weil bei der Reichsbahn nicht nur, wie in der Privatindustrie, rein wirtschaftliche, sondern daneben noch etatsmäßige-rechnerische Erwägungen zu zahlreichen Entlassungen führten, und weil außerdem das Gehalt des Abbaues nunmehr seit länger als Jahresfrist dauernd im Reichsbahnbetriebe umgekehrt wie eine ewige, nimmer endende wolkende Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz der Beamten und Arbeiter eines Staatsbetriebes. Und als im Frühjahr des vorigen Jahres die Arbeitslosenlisten in der Industrie abzunehmen begannen, da klagten noch immer die Zahlen der entlassenen Eisenbahner.

Trotz dieser äußersten Ungunst der Verhältnisse gelang es dem Verbande, im Laufe des vorigen Jahres durch eine Reihe von Lohnbewegungen, die dank der Inflation und der Arbeitslosigkeit zerstörte Basis der Entlohnung wieder herzustellen. Anknüpfend an diese Basis ging der DGB im Frühjahr 1925 zu neuen Kämpfen vor, um abermals die Löhne zu verbessern und einen Vorstoß gegen die Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen. Dieses Ringen führte zu einer ausgedehnten Streikbewegung in Sachsen und Berlin. Es rief den Reichstag und die Reichsregierung und schließlich die Schlichtungsbehörde auf den Plan, die dem Kampfe mit Hilfe eines verbindlich erklärten Schiedsspruches ein Ziel setzten. In beiden Punkten war ein Erfolg zu buchen: Die Löhne wurden erhöht und der hartnäckige Widerstand der Herren der Reichsbahngesellschaft in der Frage der Arbeitszeit wurde hart erschüttert.

In Gestalt der Reichsbahngesellschaft war dem DGB, inwieweit ein ganz anderer Gegner entstanden. In dieser Gesellschaft nicht nur der grenzenlose Hochmut einer eingestellten Bürokratie mit der ganzen Brutalität des privaten Kapitals, und in den Reichsbahnangelegenheiten hat sich die Gesellschaft ein Fundament der Macht geschaffen, das bei den Bürokraten den Hochmut, bei den Profiteuren die Rücksichtslosigkeit noch steigert. Das Dienstverhältnis der Reichsbahnbeamten ist durch die Reichsbahngesetze jeglicher Rechtsgarantie beraubt, und auch für die Arbeiter ist das Ziel der Wahrung der Bureaukraten und Kapitalisten auf die Schaffung eines sozialen Ausnahme-rechts schimmender Art gerichtet.

Auf diesem Terrain kämpft also der DGB gegen einen mächtigen und übermächtigen Gegner. Daß diese Verhältnisse zur Senkung seiner Mitgliederzahlen führen mußte, ist nicht zu verwundern. Im Jahresdurchschnitt 1923 hatte der Verband 404.714, im nächsten Jahre nur noch 224.895 Mitglieder.

Über in all dieser Bedrängnis gelang es dem DGB, das Feld zu behaupten. Die Mitgliederzahlen steigen wieder und neben der Ueberwindung aller dieser Schwierigkeiten war es dem DGB möglich, einen Kern zuverlässiger Funktionäre und treuer Mitglieder auszubilden und zugleich die zerstörenden Wirkungen der kommunistischen Propaganda, die aus allen Schwierigkeiten dieser bewegten Zeit Nahrung zu ziehen suchten, abzuwehren. Bei den Betriebsrätewahlen im Mai dieses Jahres verloren die Kommunisten mehr als 50 Prozent ihrer Stimmen des Vorjahres, und der Verbandstag in Köln wird nur noch festzustellen haben, daß dieser Gegner nicht mehr existiert.

In Köln wird der Zukunftswille der freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner zum Ausdruck kommen. Am härtesten wird er sich dokumentieren in der Reformierung des DGB, mit der Reichsgewerkschaft der Reichsbahnbeamten, die inzwischen vorbereitet wurde und in Köln besiegelt werden wird. Trübsig bewährt, härter und zukunftsreicher als zuvor wird die freigewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner nach Köln vor ihre Gegner treten, zu neuen Kämpfen bereit, neuer Erfolge gewiß.

Streik der holländischen Arbeiter in Kassel.

Die holländischen Arbeiter sind gestern wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Die Notstandsarbeiten in den lebenswichtigen Betrieben werden vorläufig weitergeführt. Es sind Verhandlungen eingeleitet worden, um die Beilegung des Streiks sobald wie möglich zu erreichen.

Lohnbewegung der Rheinshiffer.

Duisburg, 18. Juni. (Genex-Druckerei). Das Personal der Rheinshiffer und der holländischen Schiffe hat Lohnforderungen eingereicht. Falls dieses Schiffspersonal zu einer offiziellen Lohnbewegung übergehen sollte, würde die Transportfrage durch den Streik der Transportarbeiter beeinträchtigt werden. Es ist in Betrachtung genommen, die Angelegenheit vor Gericht zu bringen.

Nacht

Freitag, den 19. Juni 1925

Die Aufwertung der Reichsaufgelber bringt nach dem Kompromiß der Regierungsparteien noch eine Verzinsung gegenüber der dritten Steuernverordnung. Die Verzinsungssätze des Kompromisses gelten immer nur für einen kleinen Bruchteil des Kapitals. Die Abzahlung soll unter gewissen Umständen bis zum Januar 1933 hinaus gestreckt werden können. (Entrüstungsgrufe.) In dieser Zeit ist sicherlich mancher verarmte Gläubiger schon verstorben und gestorben. (Lebh. Zustimmung.) Die Sozialdemokratie verlangt außer höheren Zinsen auch Verhaftung der steigenden Zinseszinsen für die Hypothekengläubiger. Sie schlägt gestaffelte Rückzahlungsstermine vor, die bereits möglichst früh beginnen, und zwar bereits für 1. Januar 1927 Viertel der Abzahlung, für 1. Januar 1928 ein Viertel, für 1. Januar 1929 ein Viertel, für 1. Januar 1930 ein Viertel, für 1. Januar 1931 ein Viertel, für 1. Januar 1932 ein Viertel, für 1. Januar 1933 ein Viertel. Die freiwillige Bezahlung der Summen zu neuen Zinsätzen beim alten Schuldner bleibt ja trotzdem möglich, so daß eine Millionenbewegung der Kapitalien gar nicht eingutreten braucht. Auch die Rückzahlung der Aufwertung auf bereits zurückgezahlte und gelöste Hypotheken verlangen wir bis 15. Juni 1922.

Für die öffentlichen Anleihen bringt das Kompromiß der Rechtsparteien eine Aufwertung auf 10 Prozent, aber keinen Zins, sondern nur die Hofnung auf Auslösung im Laufe von 30 Jahren! (Entrüstungsgrufe.)

Am 19. Juni wurde der Grundlag aus dem es sollte in einer Zeit der Opferung von Millionen von Menschenleben niemand reicher werden als er vorher war. Um die Durchführung dieses Satzes haben wir uns mit den Vorschlägen von Kriegsgewinn- und Inflationsbesteuerung gegen den Vorwand der Rechten vergeblich bemüht. Die Reichsregierung hat für die Ruhrfront 700 Millionen G... übrig gelassen, obgleich selbst das Reichsjustizministerium die Rechtmäßigkeit ihres Anspruchs bezweifelte. Für die unbewertbaren Forderungen der Bisher von vertriebenen Schuldprüdigen aber ist nicht der Bruchteil dieser Summe zur Verfügung gestellt worden. Die Aussichten unseres Kampfes bleiben zweifelhaft. Gegen uns steht die geschlossene Mehrheit der Kompromißparteien von den Sozialnationalen bis zum Zentrum. (Zwischenruf: Volksabstimmung!) Um eine Volksabstimmung zu ermöglichen, bedarf es einer vorherigen elementaren Volksbewegung! Nimmt der Reichstag das Kompromiß an, so wird der neue Reichspräsident Hindenburg vor der Frage stehen, ob er dann auch seinen Namen darunter setzen will. Die Sozialdemokratie wird es ihm so schwer wie möglich machen. Sie wird von dem verfassungsmäßigen Mittel des Einspruchs eines Drittels der Reichstagsabgeordneten in diesem Falle Gebrauch machen, wenn die wenigen uns dazu fehlenden Stimmen von den anderen Parteien zur Verfügung gestellt werden. Dann kann der Reichspräsident die Verkündung des Gesetzes aufzuschieben — es ist dann...

Steuerabzug für Ausstellungen neu geregelt.

In einem Kundentag des Reichsfinanzministers, gez. III C, Nr. 160, vom 24. Januar 1924, ist bestimmt worden, daß Auswärtigenleistungen nur insoweit von der Lohnsteuer befreit sind, als sie dem Arbeitnehmer nur die baren Auslagen ersetzen. Im übrigen sind steuerpflichtig alle Entschädigungen, die durch Aufschub der Abfertigung entstehen, insbesondere logenartige Vertrauensspesen. Auf diese Weise war es bisher unmöglich, die tariflich oder betrieblich vereinbarten Ausstellungen für Monteur usw. von der Lohnsteuer zu befreien, weil jumeist die Abgeltung der Auslagen in Form von seltenen Kaufschillingen erfolgte.

Durch das Landesfinanzamt in Leipzig wurde umfaßt die Auslösung der Monteur in der Bogtländischen Maschinenfabrik A.-G. (Vomag), in Plauen als steuerpflichtig eingeschrieben. Das Landesfinanzamt erklärte die vereinbarten Tagesätze in Höhe von 7,50 Mark bis 9,50 Mark, Sätze, die je nach der Größe des Montageortes in verschiedener Höhe gewährt werden, als zu hoch und zudem besten sie nicht nur die baren Auslagen. In der Begründung des Landesfinanzamtes wird ferner gesagt, daß diese Tagesspesen über die durch auswärtigen Aufenthalt gegenüber der Hausklosterpflege bedingte Mehraufwendung wesentlich hinausgehen. Eine Entschädigung von je 2,50 Mark für Mittag- und Abendessen sei zu erheblich, daß sie nicht nur gerade diese Mehraufwendungen bede.

Gegen diese Entscheidung hat der Bundesvorstand sofort, nachdem er davon Kenntnis erhielt, Einspruch beim Reichsfinanzministerium erhoben und um eine Veränderung des Kundentages vom Januar 1924 ersucht. Der Einspruch hat einen neuen Kundentag über den „Steuerabzug vom Arbeitslohn“ vom 2. Mai dieses Jahres zur Folge gehabt, der im Reichssteuerblatt abgedruckt ist und den wir in seinen wesentlichen Abschnitten zitieren. Darin heißt es unter anderem:

Zur Vereinfachung von Zweifeln und zum Zweck einer einheitlichen Handhabung wird ein fester Betrag für Ausstellungen vom Steuerabzug befreit, der an den besonderen Nachweis der tatsächlichen Mehraufwendungen nicht gebunden ist. Dieser steuerfreien Sätze richten sich nach den Tage- und Uebernachtungsgeldern, wie sie den Reichsbeamten der Stufe I (Besoldungsgruppen A, I-V) auf Dienstreisen gewährt werden. Nach der Verordnung vom 29. November 1924, Reichsbesoldungsblatt Seite 361, beträgt das volle Tagesgeld an besonders teuren Orten 7 Mark, das Uebernachtungsgeld 4,50 Mark, zusammen 11,50 Mark; an anderen Orten 4,50 Mark und 3,50 Mark, zusammen also 8 Mark. Bei der Unterscheidung zwischen besonders teuren Orten wird im allgemeinen von der für die Beamten maßgebenden Einteilung (vgl. Zentralblatt für das Deutsche Reich 1922, Seite 187, Reichsbesoldungsblatt Seite 265) ausgegangen werden müssen. Bei auswärtigen Arbeiten, die ein auswärtiges Uebernachten nicht erforderlich machen, dürften bei einer Abwesenheit vom Ort der Betriebsstätte von mehr als acht Stunden acht Zehntel, von mehr als sechs bis acht Stunden fünf Zehntel, von mehr als drei Stunden drei Zehntel der vollen Tagesgehälter, das sind bei einer Beschäftigung in besonders teuren Orten Beträge von 5,60, 3,50 und 2,10 Mark, an anderen Orten bis zu 3,60, 2,25 und 1,35 Mark steuerfrei bleiben.

Ist die vereinbarte Auslösung niedriger als der Betrag, der nach den vorstehenden Ausführungen steuerfrei bleiben darf, so darf nur dieser geringere Betrag steuerfrei bleiben. Ist die vereinbarte Auslösung höher als die angegebenen Beträge, so ist der Mehrbetrag zu versteuern, es sei denn, daß die nachgewiesenen Mehraufwendungen höher sind.

Der tariflich vereinbarte Heimarbeiterszulag, der den Heimarbeitern zur Abgeltung der besonderen Mehraufwendungen gewährt wird, zum Beispiel für Heizung und Beleuchtung von Arbeitsräumen, für Bereitstellen von Arbeitsgerät und Futtern, soll nach demselben Kundentag vom Lohnsteuerabzug befreit sein. Bisher waren diese Zulagen, da sie in der Regel als Pauschalbeträge erstattet wurden, nach § 34, Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes lohnsteuerpflichtig.

Die Abgeltung von so viel gezahlten Lohnsteuern wird durch den neuen Kundentag ebenfalls geregelt. Ist in einem Kalenderjahr durch Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit und Krankheit der Arbeitslohn sehr ungleichmäßig verteilt gewesen, der Gesamtarbeitslohn im Kalenderjahr unter dem steuerfreien Lohnbetrag geblieben, so ist der für den Arbeitslohn geleistete Steuerbetrag gemäß Erlaß vom 22. Dezember 1923 III O 15 000 und § 106 a. D. vom Finanzamt auf Antrag zurückzuführen. Mit diesem Kundentag sind zahlreiche Streitfragen mit den Steuerbehörden geklärt worden. Wir empfehlen deshalb allen Gewerkschaftsmitgliedern, auf diese hier mitgeteilte Regelung zu achten.

Wart das Schwimmstadion in Leersbeutel?

Und für wen wird es gebaut?

Bis vor kurzer Zeit waren wohl alle Bürger Breslaus der Ansicht, das im Rahmen der großen Stadionanlagen in Leersbeutel geplante Schwimmstadion wird ein Wert der Stadt Breslau und soll nach der Errichtung natürlich auch der Verwaltung der Stadt Breslau unterstehen. Inzwischen ist an die Deffenlichkeit gelangt, daß der Alte Schwimmverein, als bisheriger Eigentümer des Sees und Besitzer des in ihm schon bestehenden Bades die geplante Anlage baut, die recht großzügig geplant ist. Wo der Alte Schwimmverein, der bisher, wie sich jedermann überzeugen konnte, nicht imstande war, die bestehende Anlage zu unterhalten (sie bestand bis zum Frühjahr in ziemlich verlottertem Zustande), auf einmal die Mittel heranzumitteln, um ein derartiges, mit riesigen Erdbelegungen verbundenes Millionenprojekt herzustellen, dessen Aufwandskapital sich niemals verzinsen kann, ist allerdings rätselhaft. Ein Besuch des Bades lehrt uns, daß tatsächlich nach dem vom Alten Schwimmverein veröffentlichten Plänen gearbeitet wird, und daß die Einarbeiten für Rechnung der Stadt Breslau auszuführen werden. Wir sind neugierig und glauben die ganze steuerzahlende Bürgerschaft hat das Recht darauf es zu erfahren und zwar klar und ohne einerseits und andererseits: Wer baut das Schwimmstadion einschließlich der übrigen Anlagen? Und für wen wird es gebaut? Höchst sonderbar wäre es, wenn einem Verein, dessen prominentester Vertreter, der Verbandschwimmwart des Deutschen Schwimmverbandes, Herr Dr. W. Müller, während einer Besprechung über den Bau des Schwimmstadions im Westen (für das bekanntlich kein Geld da ist) geäußert hat: „Wenn ein Schwimmverein eine Sportbahn braucht, so soll er sich eine solche selbst schaffen!“, wenn gerade dieser Verein sich um öffentliche Mittel eine Sportanlage schaffen ließ. Wenn gerade dieser Verein, der seine Mitglieder doch in den Reihen der zahlungsfähigsten Kreise hat, der sich nach außen nicht vornehm und feindlich genug geben kann: wenn diesem Verein aus den ausgemergelten Knochen der Volkswirtschaft Sonderprivilegien geschaffen werden sollen. Hier müssen unsere Stadtbürgerorden nicht nur Aufklärung schaffen. Hier darf hinter dem Rücken nichts verhandelt und verhandelt werden. Die geplante Anlage wird, wenn sie in den Besitz des genannten Vereins kommen sollte, niemals eine Erholungsstätte für die gesamte Bevölkerung werden. Denn die Kreise, die jetzt im alten Bade genötigt werden, wenn die neue Anlage von ihm in Betrieb genommen wird, für die übrigens, die dringende Notwendigkeit gerade in dieser Gegend nicht verlag, weil ja die Willenbesitzer von Leersbeutel Geld genug haben um in Joppoi oder Heringsdorf ihre Erholung zu finden. Mit der angebotenen Erteilung von Massenschwimmunterricht dürfte es wohl so werden wie es bisher im alten Bade gegangen ist. Bekanntlich gehört zur Erteilung von Massenschwimmunterricht mehr, als wie zur Heranbildung von 2 oder 3 Sportkanonen. Derartige Arbeit überläßt man, ebenso wie die Stellung von Rettungswagen, sehr gern dem Arbeiter-Schwimmverein. Im übrigen bemerken wir — und glauben auch in bürgerlichen Kreisen wird man Verständnis für unsere Auffassung haben — daß gerade der Alte Schwimmverein die Qualifikation darin besitzt eine Anlage zu verwalten, die doch über die Grenzen unserer Stadt Bedeutung erhalten soll. Eine Stadionanlage muß der Allgemeinheit gehören, sie kann niemals auch nicht zum Teil in die Hand eines Vereins gelegt werden!

Arbeiterkinderfreunde und freie Elternvereinigungen.

Gemeinsam wollen wir in diesem Jahre unsere Sommer-Sonnenwende am Sonntag, den 20. Juni, im Felsenbad feiern. Alle Arbeiterpartei-Organisationen mit ihren Kindergruppen sind hierzu eingeladen.

Der benennende Holzloß soll viele Arbeiterkinder laden und springen lassen. Musik, Gesang, Reigen und Gebichte werden, beim Feuerstein vorgetragen, die Freude erhöhen.

Arbeiter-Eltern! Kommt alle mit euren Kindern!

Zur Bedung der Unkosten müssen 10 Pfennige mitgebracht werden. Bergzeit eure Wimper und Schönen nicht. Jeder greift sich seine Jacke oder seinen Mantel an.

Treffplätze sind:

- Gruppe 1: 8 1/2 Uhr Felsenbad.
- 2: 8 1/2 = Felsenbad Tiergartenstraße.
- 3: 8 1/2 = Schützengartenplatz.
- 4: 8 1/2 = Schützengartenplatz.
- 5: 7 1/2 = Sonnenplatz.
- 6: 8 = Schützengartenstraße, Ecke Bohrauer Straße.
- 7: 8 1/2 = Felsenbad.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Heute 4 und 9. Unser Heimabend fällt wegen des Reichsbannerfestes aus.

Nur der Besitz der Festplakette berechtigt zur Teilnahme an den verschiedenen Kommissen. Jeder Jahrbuch hat Zutritt.

Jahresfestungen sind billigt dem Kameraden Deutsch, Friedrich-Wilhelm-Straße 21, 1. Etage, zu haben.

Abteilung Nord. Banner 1, 2, 11 und Jugendbanner Nord treten zum Festabend 7 1/2 Uhr am Schauspielplatz an. Kommissariat am Sonntagabend „Bergzeit“, Kleckstraße-Sonntag, den 21. Juni, Antreten zum Festabend normaltags 11 1/2 Uhr Seidenplatz (Klosterplatz).

Banner 11. Freitag, abends 6 1/2 Uhr. Antreten zum Festschmaus am Appelplatz.

Von den Arbeiter-Kinderfreunden.

Es treffen sich aus allen Gruppen heute abend 6 1/2 Uhr an der Straße Leersbeutel unsere Kameraden. Ferner treffen sich normaltags 5 1/2 Uhr, Seidenstraße, Berlinerstraße 68, alle Kinder über 10 Jahre zum Festschmaus.

Arbeiter-Jugend.

Montag abend treffen sich alle Spieler vom Bergfried und die Chorleiter pünktlich um 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Gruppe 6. Wir treffen uns Sonntagabend abend nicht 8 1/2 Uhr, sondern 8 Uhr bringt alle eure Eltern mit.

* Stadtkomitee. Heute: „Die Jenseitsseite“. Morgen: „Kriegsgefangene“, hiermit „Lagerhaus“.

* Stadtkomitee. Heute nachmittags: „Mama von Paragel“, abends: „Wer meint um Jenseits?“ Sonntags: „Erfahrung“, „Sechs Personen haben einen Vater“.

* Stadt-Komitee. Heute: „Otte, der Träne“.

* Stadtkomitee. Heute: „Kamerade von Döhlen“.

* Zur Festung. Die Jäger werden in einer heutigen Bekanntmachung in unserem Intelligenzblatt bekannt gemacht, daß sie die Festung bis zum nächsten Montag im pünktigen Fortschritt ausgehen haben.

* Für gefällige gefällige Schenke ist der Preis zum Festabend des Johannistages auf 30 Pf. pro Kind herabgesetzt, wobei der Eintritt zu dem Festabend und außerdem zu den verschiedenen Singstunden „Schauspiel“ genehmigt ist. Die Schenke ist erhalten (siehe Eintritt).

* Der Schützengartenverein hält Sonntag, 21. Juni, eine Wanderversammlung in Leersbeutel ab. Herr W. Müller, Dr. Müller wird den einleitenden Vortrag über die Geschichte des Schützengartenvereins und der Kirche halten. Bei der Abreise werden Musik und Gesang von Musikern begleitet werden.

* Der Kreis für den Schützengarten in Leersbeutel, veranstaltet am 21. Juni ein Festabend am Sonntag, den 21. Juni, im Felsenbad. Der Kommissar Herr W. Müller, Dr. Müller wird den einleitenden Vortrag über die Geschichte des Schützengartenvereins und der Kirche halten. Bei der Abreise werden Musik und Gesang von Musikern begleitet werden.

Die Zoll- und Steuerabsichten der Rechtsregierung ein Schlag gegen das Volkswohl

Darüber spricht Montag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Zentralballsaal Reichstagsabgeordnete Genossin Zuharsz in öffentlicher Versammlung

Ungehörte neue Lasten werden dem Proletariat zugemutet. Rüttelt die Lauen zum Protest auf, ehe es zu spät ist.

* Die Technische Hochschule veranstaltet am morgigen Sonntag, nachmittags um 3 1/2 Uhr, ein Sportfest im Rahmen der Jahresfeier der Gesellschaft von Freunden der Technischen Hochschule. Es finden außer allgemeinen Freilebungen und gymnastischen Vorführungen leistungsfähige Einzel- und Mannschaftskämpfe statt. Am Vormittag werden von 8 Uhr ab die Mannschaftskämpfe der zu der Technischen Hochschule gehörigen Korporationen ausgetragen. Hierfür hat die Technische Hochschule einen von Studierenden selbst entworfenen und ausgeführten Wanderpreis gestiftet. Die leistungsfähigsten Vorkämpfe beginnen ebenfalls um 8 Uhr.

* Schließliches Lebensereignis. Heute Freitag findet im Südpark ein Wagner-Grig-Abend unter M. Rundens Leitung statt. Das Programm enthält unter anderem eine Faust-Ouvertüre, Fantasia aus „Der fliegende Holländer“ und Wolans Abschied und Feuerprobe aus „Die Walküre“ von R. Wagner, Ouvertüre „Im Herbst“, Suite aus „Holbergs Zeit“ und „Per Gunt“, Suite von Grieg.

Arbeiter-Sport

Nächste Veranstaltungen der K.K.

Seite 7 Uhr: Wasserportliche Vorführungen des Schwimmvereins Felsenbad an der Mauritzstraße.

Morgen, nachmittags 6 Uhr: Fußball-Wettbewerb zweier Auswahlmannschaften im Felsenbad.

Reichsbanner-Sportwoche.

Auch die geistige Veranstaltung der freien Turnerschaft im Felsenbad hat unter den Unbilden des Wetters zu leiden. Jedoch konnten die vorgezeichneten Programmpunkte, wenn auch mit kurzen Unterbrechungen, erfüllt durchgeführt werden. Besonders einprägsam war das als Abschlussspiel geführte Fußballspiel, das in der Dunkelheit ein prächtiges Bild bot. Die große Zuschauermenge hielt ebenso wie die Turner trotz Hitze und Kühle wader aus und spendete verdienten lebhaften Beifall.

Freie Sportfreunde 1920, e. V. Am Sonntag, den 21. Juni, normaltags 10 Uhr, findet im Vereinslokal Kängasse, eine Versammlung statt, zu welcher sämtliche Vorstands- und Jugendmitglieder eingeladen werden. Die Sportgenossen Karl Gramsch und Max Willenhaben erlauben wir, in dieser Versammlung persönlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Lehrer- und Schüler-„Die Naturfreunde“. Die Tour am Sonntag, den 21. Juni, fällt aus, dafür treffen wir uns 8 1/2 Uhr morgens und benützen die Geographische Ausstellung. Treffpunkt vor der historischen Ausstellungshalle. Eintrittspreis 25 Pf. — Dienstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. (Mitgliedstaxi vorzeigen). — Donnerstag, den 25. Juni, Abendwanderung. Treffpunkt: Wappenhof, Morgenau. Abmarsch 6 1/2, 7 und 7 1/2 Uhr. — Samstag, den 27. Juni: Gau-Sonnenwende in Striegau. Abmarschzeiten werden nach in der Zeitung bekanntgegeben. Ferner erlauben wir, diejenigen Freundinnen und Freunde, welche im Sinne von Rufen sind (für die Vertenlammlung), diese bis spätestens am 2. Juli abzugeben.

Gerichtliches.

Falschmützer vor Gericht.

Das große erweiterte Schöffengericht verhandelte unter Vorsitz des Vorsitzenden gegen den 30 Jahre alten Handlungsgehilfen Viktor L. und dessen 64 Jahre alten Vater, den Kolonialführer a. D. Johannes L. wegen Münzverbrechens. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, im Jahre 1923 fünfzig Pfennigstücke des Kommunalverbandes Schließen nachgemacht und in Verkehr gebracht zu haben. Außerdem wurden von den Angeklagten auch Scheine über 500 Millionen angefertigt. Ob diese jedoch in den Verkehr gebracht wurden, ließ sich nicht feststellen. Desgleichen konnte nicht festgestellt werden, ob der Vater L. falsche Hundertmarktscheine, die er sich im Jahre 1922 verschafft haben soll, in Umlauf gelangen. Beide Angeklagte sind bisher unbestraft. Im Gerichtssaal befanden sich allerlei Opemaliken, Karten, Sandpfeifen usw., die in einer falschmützerischen Handlung benutzt wurden. Das Gericht billigte beiden Angeklagten, da sie sich damals in einer Notlage befanden haben, mildernde Umstände zu und erlaubte gegen Viktor L. auf drei Jahre Gefängnis und gegen Johannes L. auf ein Jahr neun Monate Gefängnis. Gegen jeden wurde auf fünf Jahre Sperre erkannt. Viktor L. wurde sofort in Haft genommen. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre bzw. drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Ausbeutung von Schülern.

Die landwirtschaftliche Schulverwaltung in Gwollin beklagt seit einiger Zeit die landwirtschaftlichen Arbeiten der Schüler, welche zu diesem Zwecke vom Schulunterricht befreit sind. Dadurch leidet schmerzhaft der Schulbetrieb. Auch die Kinder, welche diese Arbeit nicht ausführen, werden naturgemäß in ihrer Entwicklung gehindert, weil ja nach Beendigung dieser Arbeit der Lehrer dann selbstverständlich mit den zurückgebliebenen den Stoff noch einmal behandeln muß. Wir werden uns gegen diese Ausbeutung der Schülerzeit der Jugendgenossen ganz entschieden und fest hiermit an, was die vorgelegte Schulbehörde in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenkt. Sollte die Angelegenheit bestehen, daß dieses alles mit behördlicher Genehmigung (?) geschieht, dann protestieren wir gegen dieses ganz entschieden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ordnung herrlich-Kleider-Krieger.

(Auszeichnen und gut ausbehalten!)
 Schluß, Kameraden! Für die Bemerkungen der Gau-Gründungsleiter erlaßt der Vorstand folgende Anweisungen:
 Freitag, den 19. Juni: Festabend. Antreten pünktlich 8 Uhr vor der Wohnung des Kommissars.
 Samstag, den 20. Juni: Sommer im „Kleider“, Beginn 8 Uhr abends. Die Kameraden geben sich einzeln dort.
 Sonntag, den 21. Juni: Festabend und Mittag. Antreten der Kleider- und Kleiderkrieger: Kameraden pünktlich 10 Uhr im Vereinslokal Kleiderkrieger in Kleider. Die Kleiderkrieger Kameraden sind pünktlich 10 Uhr bei Köppler und werden dort abgeholt.
 Jeder Kamerad hat pünktlich zu erscheinen! Es gilt der Ruf: „Wer nicht kommt, der verliert die Kameradschaft!“

Breslau (Land)-Neumarkt.

Ausbeutung von Schülern.

Die landwirtschaftliche Schulverwaltung in Gwollin beklagt seit einiger Zeit die landwirtschaftlichen Arbeiten der Schüler, welche zu diesem Zwecke vom Schulunterricht befreit sind. Dadurch leidet schmerzhaft der Schulbetrieb. Auch die Kinder, welche diese Arbeit nicht ausführen, werden naturgemäß in ihrer Entwicklung gehindert, weil ja nach Beendigung dieser Arbeit der Lehrer dann selbstverständlich mit den zurückgebliebenen den Stoff noch einmal behandeln muß. Wir werden uns gegen diese Ausbeutung der Schülerzeit der Jugendgenossen ganz entschieden und fest hiermit an, was die vorgelegte Schulbehörde in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenkt. Sollte die Angelegenheit bestehen, daß dieses alles mit behördlicher Genehmigung (?) geschieht, dann protestieren wir gegen dieses ganz entschieden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ordnung herrlich-Kleider-Krieger.

(Auszeichnen und gut ausbehalten!)
 Schluß, Kameraden! Für die Bemerkungen der Gau-Gründungsleiter erlaßt der Vorstand folgende Anweisungen:
 Freitag, den 19. Juni: Festabend. Antreten pünktlich 8 Uhr vor der Wohnung des Kommissars.
 Samstag, den 20. Juni: Sommer im „Kleider“, Beginn 8 Uhr abends. Die Kameraden geben sich einzeln dort.
 Sonntag, den 21. Juni: Festabend und Mittag. Antreten der Kleider- und Kleiderkrieger: Kameraden pünktlich 10 Uhr im Vereinslokal Kleiderkrieger in Kleider. Die Kleiderkrieger Kameraden sind pünktlich 10 Uhr bei Köppler und werden dort abgeholt.
 Jeder Kamerad hat pünktlich zu erscheinen! Es gilt der Ruf: „Wer nicht kommt, der verliert die Kameradschaft!“

Kameradschaft zur schwarz-weiß-roten Fahne. Beim Paradezug waren fünf Offiziere anwesend. Das ganze Dorf war mit Girlanden und schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt. Dem Gastwirt K. hat es so gut gefallen, daß er den Lumpen bis Dienstag früh hängen ließ. Noch toller war es beim Gastwirt S. h. Der hatte kein Lotal ringsum mit schwarz-weiß-roten Fahnen schon am Sonntagabend geschmückt. Sie blieben aber nicht lange hängen. Schamberg ist mit gerissenen Hosen nach dem Kriege heimgekommen und buzte sich mit jedem Arbeiter, um sich durch die Arbeiter hochzuheben! Heute kennt er die vor Hochmut und reaktionärer Dummheit kaum. Arbeiter und Republikaner, merkt Euch diesen Gastwirt und zeigt ihm, daß Ihr noch da seid. Am besten hat es Herr Pöhlhölzler verstanden, da er einen Platz zum Ausgehen auf der Festwiese forberte. Von dem seit kurzem zugekauften Eisenbahn-Beamten von D.-S., der jetzt deutschnationaler Ortsgruppenführer und Kriegervereinsführer von Gnischwitz ist, wurde ihm der Platz verweigert, trotzdem Herr Pöhlhölzler Mitglied des Kriegervereins ist. Herr Pöhlhölzler verweigerte darauf dem Kriegerverein den Saal und machte für sich öffentlichen Tanz. Dazu regnete es noch und der Kriegerverein konnte zusammenpacken. Die Geschäftsleute mußten ein hohes Standgeld bezahlen. Die eine Frau weinte ziemlich und meinte: „Es ist schon in der fünften Stunde und ich habe erst 2 Mark eingenommen und 8 Mark muß ich Standgeld bezahlen, wo bleibt Bahn und Fuhre?“ Herr Pöhlhölzler hat sich im Stillen eins gelacht, denn der Andrang zum Tanz bei Pöhlhölzler war groß und Herr Pöhlhölzler wird sich nicht geirrt haben wegen des Platzes, den er nicht bekommen hat. Wir Parteigenossen von Gnischwitz bitten die Breslauer Ausflügler und Republikaner, die durch Gnischwitz nach Jöhlen kommen und in Gnischwitz Rast halten, bei Herrn Paul Pöhlhölzler einzuklopfen.

Marsch. Den Genossen, Republikanern und Ausflüglern zur Kenntnis, daß im Garten-Restaurant zum „Weißthurn“, Besitzer Gustav Hill, seit Sonntag, den 7. Juni, der Stahlhelmjunge S. Scholz als Tanzmeister auftritt. Wir bitten daher um Aufmerksamkeit.

Ganz. Reichsbanner. Am Sonntag, den 21. Juni, normaltags 8 Uhr, Antreten bei Kamerad Kleiner, Schwimmwitzer Straße, zur Fahrt nach Breslau. Da die Möglichkeit besteht, mit einem Vorzuge fahren zu können, ist Pünktlichkeit unbedingt erforderlich.

Neumarkt. Reif ins Rettungshaus.

Unsere Arbeiterjugend unternahm am letzten Sonntag einen wohlgeleiteten Ausflug. Als nach Zurückkehr der Kräfte Gärtners seinem elterlichen Heim in der Schloßstraße zum Besuch, führten sich drei Jungen auf ihn und unter Beschimpfungen rissen sie die Rinde, dessen Mutter sich mit harter Arbeit durchschlagen muß, die Kinder vor dem Leibe. Die drei wohlgeleiteten Buben heißen: Trause, Grellert und Deichsel. Wenn es sich um den Gymnasialen Bräse handelt, der am 26. April Märzbilder von städtischen Säulen entfernte, so wird es wohl angebracht sein, daß die Leitung der Schule mit diesem Lummel ordentlich aufträumt. Oder sollen wir fortwährend an der Schule vorpreisen wegen einigen von Eltern falsch erzeugten Kindern? Bei den Kindern beiden Bengels mag der neue Herr Rektor seinen Einfluß geltend machen und hierbei „so ein schönes Liedchen“ singen lassen. Diese Sorte Junger gerade ist es, die durch die Schule der Eltern bei Ausflügen die monarchistischen Lieber nicht genug brüllen können. Der Mutter des angefallenen Kindes geben wir den Rat, sich an die Auskunftsstelle des Ortsausflüßes, Genossen Namoth, Junferstraße, zu wenden, damit Schaden-erfahrungen und Beschwerden über Pfegelei dieser Lummels an die Schulen ergehen. Eltern, nehmt eure Kinder in Schutz!

Letzte Wetternachrichten.

Datum	Temperatur			Wind	Nieder- schlag	Wasser- stand	Wetter
	heut	Maxim.	Min.				
19. 6. 25.	10	16	7	W 4	2	—	Regen
Krieter	9	16	7	W 4	2	—	Regen
Reinerz	6	18	5	W 4	2	—	Regenschauer
Schnepfoppe	12	3	-3	SW 3	4	—	Schnee-Regen
Kleiderbender	0	6	-1	W 6	—	—	Nebel
Schreiberg	—	—	—	—	—	—	—
Kene Schliche	2	—	—	still	—	—	Nebel
Lambel	8	14	7	SSW 4	gering	—	bedekt
Grünberg	9	15	4	SW 4	7	—	Regen

Amliche Wetternachrichten.

(Vorherige der Wetterwarte Krieter bei Reaktionschluß.)

Zahlreiche Westfronten, die um die mit ihrem Kern über der südöstlichen Ostsee heute lagernden Zyclone 30 Z schweben, bringen weiterhin erhebliche Niederschläge bei einer der Jahreszeit wenig entsprechenden Temperatur und andauernd leidhaftem Wind. Da sich die Temperaturverhältnisse ausgleichen, können wir mit einer langsamen vorübergehenden Beruhigung der Lage rechnen, da das erste Glied der neuen Zyklofamilie denselben südöstlichen Weg einschlagen scheint. Aussehen: Immer noch bewölkt und geringe Schauerniederschläge, jedoch zeitweise klarer aufsteigend, verhältnismäßig kühl, allmählich abtauernd Wind.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Beugungsquittung beiliegen. Beugungsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswirtschaftlichen oder „Ingenieur“-die Postbesitzer haben die Postquittung beizulegen. Sprechstunde der Redaktion montags von 12-1 Uhr mittags.

H. S. Falls nicht zur festgesetzten Zeit geklärt wird, müssen Sie der Direktion erklären, daß Sie eine Nachfrist stellen und nach fruchtlosem Ablauf der Nachfrist zurücktreten. Falls die Erfüllung des Vertrages infolge des Verzuges für Sie auch ohne Bezug der Nachfrist kein Interesse mehr hat, bedarf es der Bestätigung der Direktion (S. 326 B.Z.).

G. D. 18. Okt. Wie Sie bereits aus dem Briefkasten erfahren haben werden, muß der Mann die halbe Kasse heraus geben, falls keine Frau nicht mit ihm aus der Kasse ausgeht. Ob die Frau Einkommen hat oder nicht, ist nicht gleichgültig.

H. S. Mithras. Falls die Redaktion der Trenne im Juli 1914 durch den Hauseigentümer erfolgt ist, brauchen Sie, falls der Hauseigentümer nicht mit einer Grundbesitzer der geltend macht, nicht die Trennung zu erklären. Die Trennung ist abzuschließen. Wenn Sie sich hierzu allerdings verpflichtet haben, so müssen Sie dies tun.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Afa-Kongress.

Der dritte und letzte Tag des Afa-Kongresses brachte zunächst ein großzügiges Referat von Fritz Schröder über den Kampf um die Einheitsfront und die Entwicklung dieses Kampfes. „Wenn es den Staub alle Teile des Berliner Vertrages decken wird, so werden die schaffenden Stände der Völker den einen Teil, die Lösung der sozialen Frage, niemals in Vergessenheit geraten lassen. Zum ersten Male wurde hier der Versuch unternommen, eine praktische Form zu schaffen für die sozialen Grundlagen des Weltfriedens.“ Den größten Teil seiner Ausführungen widmete Schröder jener Zeit, in der in Deutschland nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes die vereinigte Reaktion des deutschen Unternehmertums daran ging, aus eigener Machtvollkommenheit das bestehende Recht in Deutschland außer Kraft zu setzen. Unvergessen werde dabei bleiben, wie die Reichsregierung das wüste Treiben immer und immer unterfütterte, jedoch schließlich unter den Wirkungen der die Arbeitnehmerschaft zermürbenden Inflation das lässliche Ende des Achtstundentages herbeigeführt werden konnte. Nun aber müsse der Kampf der Gewerkschaften um die Einführung des Achtstundentages von neuem beginnen und dazu müßten alle Mittel, vor allem außerparlamentarische, eingesetzt und die deutsche Regierung zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens gezwungen werden. Eingehend widerlegte Schröder in diesem Zusammenhang die Behauptung, daß angesichts der Reparationslasten der Achtstundentag in Deutschland nicht durchführbar ist. Er konnte überzeugend nachweisen, daß nur bei verminderter Arbeitszeit die Qualitätsarbeit der deutschen Industrie sich hebt und damit die deutschen Produkte auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig werden.

In Schröders Referat, das wiederholt von großem Beifall unterbrochen wurde, schloß sich eine längere Aussprache, an der sich Quabegeest und Smith-Amsterdam beteiligten. Der erste erläuterte, welche Wichtigkeit der Ratifikation des Washingtoner Abkommens durch Deutschland zukomme. Auf Grund seiner Erfahrungen sei ihm klar geworden, daß Deutschland nur deshalb nicht ratifiziere, weil die internationale der Arbeitgeber es bisher nicht zugelassen habe. Deutschland, das früher jahrzehntelang in der Sozialfrage an eine Stelle getrieben habe, gehöre heute zu den sozial rückständigsten Ländern, behängt von Polen und der Tschechoslowakei. Quabegeest machte darauf aufmerksam, welche Gefahr von Frankreich drohe, weil sich dort 1 Million Italiener, 600 000 Polen und 400 000 Russen befinden, die alle Analphabeten und den Gewerkschaften nicht zugänglich seien.

In seinem Schlußwort wies Schröder auf den Kampf mit allen außerparlamentarischen Mitteln hin, durch den man nicht nur die Ratifikation des Washingtoner Abkommens sondern seine Ergänzung durch ein neues Arbeitszeitgesetz erreichen müsse. Der Kongress nahm dann folgende Entschließung an: „Der zweite Afa-Gewerkschaftskongress in München stellt mit Bedauern fest, daß die deutsche Reichsregierung entgegen den wiederholten Ankündigungen im Reichstag sich bis zum heutigen Tage weder mit einem Entwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz noch mit einer Vorlage zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens beschäftigt hat. Angesichts der heutigen Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen Massenarbeitslosigkeit ist aber die gezielte Wiedereinführung des Achtstundentages dringender denn je geworden. Des neuen deutsche Arbeitszeitgesetz muß gleichzeitig die Voraussetzungen zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens enthalten. Der Kongress stellt in der Ratifikation das Mindestmaß einer notwendigen internationalen Verständigung über Arbeitszeit, um damit das soziale Dumping einzelner Länder auf diesem Gebiete auszuschalten. Der Kongress fordert die Parteien des Reichstages auf, alle parlamentarischen Mittel zur beschleunigten Verwirklichung dieser Forderung anzuwenden. Er hat auch den Bundesvorstand, diese parlamentarische Aktion mit allen, dem Afa-Bund zur Verfügung stehenden Kräften und gewerkschaftlichen Machtmitteln außerparlamentarisch zu unterstützen.“

In einer ebenfalls einstimmig gefassten Entschließung protestiert der Kongress ferner gegen die Methode, auf dem Verwaltungswege das geltende Reichsrecht über die Sonntagsruhe außer Kraft zu setzen. Er fordert deshalb die sofortige Zurücknahme der Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums und begrüßt gleichzeitig den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Antrag über die Sonntagsruhe der Angestellten.

In der Nachmittags Sitzung führte Kurt Heimig, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Deutschen Reichsmeisterverbandes eine neue scharfe Klänge gegen das deutsche Unternehmertum, und zwar in der Steuerfrage. Mit Enttäuschung nahm der Kongress Kenntnis von der böswilligen und schamlosen Behauptung der Unternehmer, daß die Gewerkschaften unfähig gewesen seien, die nationalen Notwendigkeiten beim Kampf um Lohn und Lohn zu erkennen. An der Hand eingehender statistischer Materialien widerlegte Heimig die vielen falschen Angaben der Unternehmer über den Materialstand ihrer Betriebe und erklärte, wenn irgendwo abgebaut werden müsse, so sei es bei den Direktoren der Werke, von denen die deutsche Industrie mindestens 100 000 zu viel habe. An 260 der wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften kann man gegenüber dem Frieden eine Zunahme der Arbeiterkraft um nur 1,3% feststellen gegenüber der Zunahme der Direktoren um 60%. Nicht minder notwendig sei ein Ausbau des deutschen Unternehmertums selbst, das sich seit der Inflation gewaltig vermehrt habe, auf Kosten seiner Qualität. Anschließend forderte Heimig die öffentliche Durchsicht der Steuerpflicht und der Steuerleistung, weil nur dadurch die Möglichkeit gegeben sei, zu verhindern, daß von 1929 an (Dawesgesetz) die Reparationslasten nicht von den drei Massen des Volkes, sondern in erster Linie von den Unternehmern getragen werden.

Auf Grund dieses Referats nahm der Kongress eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Der ausgeprobenste Grund der derzeitigen Reichssteuererhöhung ist Schuß und Grund der Großkapitalbildung. Der 2. Afa-Kongress ist nicht gewillt, widerstandslos die Ausdehnung und Herrschaft in der unethischen Staatsfinanz- und Wirtschaftstheorie einer falschen Steuer- und Produktionspraxis zu dulden. Er rechnet nicht darauf, daß seinem Verlangen nach Umkehr und Beherrschung neuer gemeinsinniger Wege von Staat und Wirtschaft freiwillig gefolgt wird. Deswegen werden die im Afa-Bund zusammengeschlossenen Verbände mit aller Kraft und überall dafür eintreten und dahin wirken, daß die Erkenntnis der wahren Zusammenhänge in Wirtschaft und Staat Verbreitung finden. Die im Afa-Bund zusammengeschlossenen Angestellten-Gewerkschaften wollen den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Produktion stellen. Der Weg zu diesem Ziel fordert wirtschaftlich die Erfassung der großen Gewinne und die Freimachung der Kaufkraft des Volkes von übermäßiger Verbrauchsbelastung volkswirtschaftlich die Befreiung aller überflüssigen, produktionshemmenden Substanzen und Abhaltung des Produktionsprozesses unter gemeinsinnigsten Gesichtspunkten, zu denen immer die Einschränkung des Staates in den Besitz aller Dienstleistungsquellen gehört.“

Dann hielt der Schöpfer der Weimarer Verfassung, Minister a. D. Preuß ein Wort über den sozialen, demokratischen und nationalen Inhalt der Deutschen Republik, dem der Kongress mit großer Aufmerksamkeit folgte. Bemerkenswert war, wie Preuß die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie seit 1918 würdigte, indem er erklärte: Die Haltung der SPD in den Jahren seit 1918 haben wir reiflos anzuerkennen. Sie war staatsbildend, national und demokratisch zu sein. Worauf es ankommt, ist das demokratische und das soziale Prinzip nicht miteinander vereinigen zu lassen zum Nutzen derer, die antizipal und antidemokratisch im Dienste der Reaktion und des Monopolkapitalismus stehen. In jener ungeheuren Notlage nach 1918 war die einzige Möglichkeit der Rettung, nachdem alle Kapitalgeber und Gehern

zusammengebrochen waren, der Aufbau des deutschen Volksstaates auf sozialer, demokratischer und nationaler Grundlage. Ohne diesen Gemeinschaftsgeist, dem nationalen, demokratischen und sozialen Prinzip wäre das Reich auseinander gefallen, denn die Söhne des Vaterlandes bereinander halten können. Sie sind national treu geblieben, weil sie von unten her, also von der Arbeiterschaft, diesen Willen hatten. Drei Mal verderblich wäre es unter diesem Gesichtspunkt, wenn man den sozialen Kämpfen nicht ihre ruhige Bahn ließe. Der Sozialismus ist in Wirklichkeit garnicht zu fürchten. Was zu fürchten ist, ist die soziale Reaktion, und diese Gefahr ist riesengroß, nachdem in der Furcht vor dem Zusammenschlagen der sozialistischen Quelle der Monopolkapitalismus so ungeheuerliche Triumphe feiern konnte. Diese Gefahr ist umso größer, als die Sozialreaktion sich ansieht, sich angeblich mit der Republik und der Weimarer Verfassung auszuheilen. Zur Bannung dieser Gefahr müssen alle jene zusammenstehen, denen die Verfassung von Weimar und ihr sozialer, demokratischer und nationaler Inhalt am Herzen liegt.

Stimmlicher Beifall dankte dem Redner. Hierauf fasste Genosse Aufhäuser das Ergebnis des Kongresses zusammen, dessen Beratungen getragen waren von reiner Sachlichkeit und innerer Entschlossenheit. Der Kongress hat einstimmig befunden: Es bleibt bei dem freigewerkschaftlichen Programm von Düsseldorf unter voller Wahrung unseres hohen Endzieles. Die Organisationen des Afa-Bundes wollen eine wirkliche Volksgemeinschaft, aber nicht eine solche, wie die heutige Reichsregierung sie prägt, sondern eine solche, in der die Arbeit alle Rechte und Wohl gibt. Wir wollen den Kampf, den die heutige Regierung zusammen mit dem Landbund und dem Reichsverband der Deutschen Industrie gegen die schaffenden Stände des Volkes führt, stetig zu Ende bringen, und zwar in einem Klassenkampf, der nicht Selbstzweck ist, sondern zur Abschaffung der Klassen selbst führt. Für diesen Kampf der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung ist uns die Weimarer Verfassung die Basis. — Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Internationalen Gewerkschaftsbund von Amsterdam beschloß Aufhäuser den Kongress.

Zum Verbandstag des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Die dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, die in der Woche vom 21. bis 28. Juni in Köln stattfand, wird unter den großen Tagungen, welche die Organisation der Staatseisenbahnen während der Dauer ihres Bestehens abzuhalten hat, eine bedeutende Stellung einnehmen. In die Jahre seit der letzten Generalversammlung fielen die Ruhrbesetzung, der Zusammenbruch der Reichswährung, die Wirtschaftskrise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit, der Personalabbau, die Umwandlung der Reichsbahn in ein Aktienunternehmen und schließlich der Verlust des gesetzlichen Achtstundentages, sowie die schleppende, wirtschaftliche Depression der Stabilisierungszeit mit ihren Lohnbewegungen zur Wiederherstellung einer erträglichen Lohnbasis. Während des Ruhrkampfes standen die Eisenbahner sowohl als Staatsbedienstete wie infolge der Natur ihrer besonderen Stellung innerhalb des Wirtschaftslebens im Vordergrund der Abwehr. Daher trat sie auch am Ende des Ringens der „Dank des Vaterlandes“ am heftigsten, denn er wurde abgelehnt in Gestalt eines rückwärtslosen Abbaues der nun überflüssig gemordeten Kämpfer.

Mitten in diesen Erschütterungen trat die Massenarbeitslosigkeit auch die Eisenbahner und ihren Verband. Sie trat sie härter, als andere Arbeitnehmergruppen, weil bei der Reichsbahn nicht nur, wie in der Privatindustrie, rein wirtschaftliche, sondern daneben noch etatismäßig-rechtliche Erwägungen zu zahlreichem Entlassungen führten, und weil außerdem das Gelingen des Wiederaufbaues nunmehr seit länger als Jahresfrist dauernd im Reichsbahnbetriebe umgeht wie eine ewige, nimmer enden wollende Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz der Beamten und Arbeiter eines Staatsbetriebes. Und als im Frühjahr des vorigen Jahres die Arbeitslosenziffern in der Industrie abzunehmen begannen, da fragten sich immer die Zahlen der entlassenen Eisenbahner.

Trotz dieser äußersten Ungunst der Verhältnisse gelang es dem Verbande, im Laufe des vorigen Jahres durch eine Reihe von Lohnbewegungen, die dank der Inflation und der Arbeitslosigkeit zeitweise Basis der Entscheidung wieder herzustellen. Anknüpfend an diese Basis ging der DGB im Frühjahr 1925 zu neuen Kämpfen vor, um abermals die Löhne zu verbessern und einen Vorstoß gegen die Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen. Dieses Ringen führte zu einer ausgedehnten Streikbewegung in Sachsen und Berlin. Es rief den Reichstag und die Reichsregierung und schließlich die Schlichtungsbehörde auf den Plan, die dem Kampfe mit Hilfe eines verbindlich erklärten Schiedsspruches ein Ziel setzte. In beiden Punkten war ein Erfolg zu buchen: Die Löhne wurden erhöht und der hartnäckige Widerstand der Herren der Reichsbahngesellschaft in der Frage der Arbeitszeit wurde stark erschüttert.

In Gestalt der Reichsbahngesellschaft war dem DGB, inzwischen ein ganz anderer Gegner entgegen. In dieser Gesellschaft mündete sich nun der grenzenlose Hochmut einer eingesehnen Bureaucratie mit der ganzen Brutalität des privaten Kapitals, und in den Reichsbahngesellschaften hat sich die Gesellschaft ein Fundament der Macht geschaffen, das bei den Bureaucraten den Hochmut, bei den Profitgebern die Rücksichtslosigkeit noch steigert. Das Dienstverhältnis der Reichsbahnbeamten ist durch die Reichsbahngesetze jeglicher Rechtsgarantien beraubt, und auch für die Arbeiter ist das Ziel der Wünsche der Bureaucraten und Kapitalisten auf die Schaffung eines sozialen Ausnahmeregimes schimmelter Art gerichtet.

Auf schwerem Terrain kämpft also der DGB gegen einen mächtigen und übermächtigen Gegner. Daß diese Verhältnisse zur Senkung seiner Mitgliederzahlen führten, mußte, ist nicht zu verwundern. Im Jahresdurchschnitt 1923 hatte der Verband 404 714, im nächsten Jahre nur noch 224 896 Mitglieder.

Über all diese Bedrohungen gelang es dem DGB, das Feld zu behaupten. Die Mitgliederzahlen stiegen wieder und neben der Ueberwindung aller dieser Schwierigkeiten war es dem DGB möglich, einen Kern zuverlässiger Funktionäre und treuer Mitglieder auszubilden und zugleich die zerstörenden Wirkungen der kommunistischen Propaganda, die aus allen Schwierigkeiten dieser bewegten Zeit Nahrung zu ziehen suchten, abzuwehren. Bei den Betriebsrätewahlen im Mai dieses Jahres verloren die Kommunisten mehr als 50 Prozent ihrer Stimmen des Vorjahres, und der Verbandstag in Köln wird nur noch festzustellen haben, daß dieser Gegner nicht mehr existiert.

In Köln wird der Zukunftswille der freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner zum Ausdruck kommen. Am stärksten wird er sich dokumentieren in der Verfassung des DGB, mit der die Reichsgewerkschaft der Reichsbahnbeamten, die inzwischen vorbereitet wurde und in Köln beabsichtigt werden wird. Trughaft bemüht, härter und zukunftsloser als zuvor wird die freigewerkschaftliche Organisation der Eisenbahn nach Köln vor ihre Gegner hinstreten, zu neuen Kämpfen bereit, neuer Erfolge gewiß.

Streik der sächsischen Arbeiter in Rassel.

Die sächsischen Arbeiter sind gegen wegen Lohnminderungen in den Streik getreten. Die Kohlarbeiter in den lebenswichtigen Betrieben werden vorläufig weitergeführt. Es sind Verhandlungen eingeleitet worden, um die Beilegung des Streiks sobald wie möglich zu erreichen.

Lohnbewegung der Rheinländer.

Duisburg, 16. Juni. (Gegner Druckverlag). Das Personal der Rheinländer und der hiesigen Schweißwerke hat Lohnforderungen eingereicht. Falls dieses Schiffspersonal auf einer aktiven Lohnbewegung übergehen sollte, würde die Transportarbeiten durch den Streik der Transportarbeiter beeinträchtigt werden. In Weidenau sind ganz wesentlich verhört werden. Es

Steuerabzug für Ausflüchten neu geregelt.

In einem Runderlaß des Reichsfinanzministers, G. M. C. Nr. 160, vom 24. Januar 1924, ist bestimmt worden, daß Auswärtensabgaben nur insoweit von der Lohnsteuer befreit sind, als sie dem Arbeitnehmer nur die baren Auslagen ersetzen. Im übrigen sind steuerpflichtig alle Entschädigungen, die durch Pauschalbeträge abgedeckt werden, insbesondere logenante Bezugsentlohnungen. Auf diese Weise war es bisher unmöglich, die tariflich oder betrieblich vereinbarten Ausflüchten für Monteurs usw. von der Lohnsteuer zu befreien, weil zumest die Abgeltung der Auslagen in Form von selten Pauschalbeträgen erfolgte.

Durch das Landesfinanzamt in Leipzig wurde unangefordert die Ausflüchten der Monteurs in der Bogtändischen Maschinenfabrik A.-G. (Bomag), in Plauen als steuerpflichtig erklärt. Das Landesfinanzamt erklärte die vereinbarten Tagesätze in Höhe von 7,58 Mark bis 9,50 Mark, Sätze, die je nach der Größe des Montageortes in verschiedener Höhe gewährt werden, als zu hoch und zudem bedekten sie nicht nur die baren Auslagen. In der Begründung des Landesfinanzamtes wird ferner gesagt, daß diese Tagesätze über die durch auswärtigen Aufenthalt gegenüber der Haushaltpflege bedingte Mehraufwendung wesentlich hinausgehen. Eine Entschädigung von je 2,50 Mark für Mittag- und Abendessen sei erheblich, daß sie nicht nur gerade diese Mehraufwendungen decke.

Gegen diese Entscheidung hat der Bundesvorstand sofort, nachdem er davon Kenntnis erhielt, Einspruch beim Reichsfinanzministerium erhoben und um eine Veränderung des Runderlasses vom Januar 1924 ersucht. Der Einspruch hat einen neuen Runderlaß über den „Steuerabzug vom Arbeitslohn“ vom 2. Mai dieses Jahres zur Folge gehabt, der im Reichssteuerblatt abgedruckt ist und den wir in seinen wesentlichen Abschnitten zitieren. Darin heißt es unter anderem:

Zur Befreiung von Zweifeln und zum Zwecke einer einheitlichen Handhabung wird ein fester Betrag für Ausflüchten vom Steuerabzug befreit, der an den besonderen Nachweis der tatsächlichen Mehraufwendungen nicht gebunden ist. Diese steuerfreien Sätze richten sich nach den Tages- und Uebernachtungsgeldern, wie sie den Reichsbeamten der Stufe I (Besoldungsgruppen A, I—V) auf Dienstreisen gewährt werden. Nach der Verordnung vom 29. November 1924, Reichsbesoldungsblatt Seite 361, beträgt das volle Tagesgeld an besonders teuren Orten 7 Mark, das Uebernachtungsgeld 4,50 Mark, zusammen 11,50 Mark; an anderen Orten 4,50 Mark und 3,50 Mark, zusammen also 8 Mark. Bei der Unterscheidung zwischen besonders teuren Orten wird im allgemeinen von der für die Beamten maßgebenden Einteilung (vgl. Zentralblatt für das Deutsche Reich 1922, Seite 187, Reichsbesoldungsblatt Seite 265) ausgegangen werden müssen. Bei auswärtigen Arbeiten, die ein auswärtiges Uebernachtung nicht erforderlich machen, dürfen bei einer Abwesenheit vom Ort der Betriebsstätte von mehr als acht Stunden acht Zehntel, von mehr als sechs bis acht Stunden fünf Zehntel, von mehr als drei Stunden drei Zehntel der vollen Tagesgebühren, das sind bei einer Beschäftigung in besonders teuren Orten Beträge von 5,60, 3,50 und 2,10 Mark, an anderen Orten bis zu 3,60, 2,25 und 1,35 Mark steuerfrei bleiben.

Ist die vereinbarte Ausflüchten niedriger als der Betrag, der nach den vorstehenden Ausführungen steuerfrei bleiben darf, so darf nur dieser geringere Betrag Lohnsteuerfrei bleiben. Ist die vereinbarte Ausflüchten höher als die angegebenen Beträge, so ist der Mehrbetrag zu versteuern, es sei denn, daß die nachgewiesenen Mehraufwendungen höher sind.

Der tariflich vereinbarte Heimatbeiterzuschlag, der den Heimatbeiträgern zur Abgeltung der besonderen Mehraufwendungen gewährt wird, zum Beispiel für Heizung und Beheizung von Arbeitsräumen, für Bereitstellen von Arbeitsgerät und Zulagen, soll nach demselben Runderlaß künftig vom Lohnsteuerabzug befreit sein. Bisher waren diese Zuschläge, da sie in der Regel als Pauschalbeträge erfaßt wurden, nach § 34, Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes Lohnsteuerpflichtig.

Die Rückerstattung von zu viel gezahlten Lohnsteuern wird durch den neuen Runderlaß ebenfalls geregelt. In einem Runderlaß über Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit und Krankheit der Arbeitslosen sehr ungleichmäßig verteilt gewesen der Gesamtarbeitslohn im Kalenderjahr unter dem steuerfreien Lohnbetrag geblieben, so ist der für den Arbeitslohn verbleibende Steuerbetrag gemäß Erlass vom 20. Dezember 1923 III C 15 000 und § 104, Abs. 2, vom Finanzamt auf Antrag zurückzuerstatten. Mit diesem Sammelerlass sind zahlreiche Streitigkeiten mit den Steuerbehörden geklärt worden. Wir empfehlen deshalb allen Gewerkschaftsmitgliedern, auf diese hier mitgeteilte Steuerregelung zu achten.

Einwanderungsziffern betragen für die letzten Jahre (in Tausenden) 1920 448, 1921 284, 1922 278, 1923 747, 1924 915. Allerdings haben sich von Kanada und Mexiko große Scharen von statistisch nicht erfaßten Einwanderern eingeschlichen.

Amerika als Geldgeber.

Dem jüngsten Bericht des amerikanischen Handelsministers Herbert Hoover zufolge kumuliert das Ausland an die Vereinigten Staaten 9 Milliarden Dollar, die Kriegsanleihen an die kriegsführenden Regierungen nicht eingerechnet. Die amerikanischen Kapitalanlagen bzw. Kredite betragen sich auf die verschiedenen Erdteile folgendermaßen: Südamerika 4040 Millionen Dollar, Kanada 2460 Millionen, Europa 1900 Millionen, Asien und Ozeanien 690 Millionen. Aus dieser Aufstellung geht hervor, wie stark das Kapital der Vereinigten Staaten Südamerika und Kanada durchdrungen hat. Was das letztere Land betrifft, so war dieses vor dem Krieg vor allem an England verschuldet, seit dem Krieg ist aber der Anteil des amerikanischen Kapitals in Kanada zweimal so groß geworden als der des englischen. Die Kapitalbeteiligung der Vereinigten Staaten in Asien, vor allem in China, ist in dauerndem Steigen begriffen.

Genossenschaftswesen.

Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Am 15. Juni begann in Stettin der 22. Genossenschaftstag. Aus dem Bericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geht hervor, daß im letzten Geschäftsjahr dem Zentralverband 1163 Konsumgenossenschaften angeschlossen waren, von denen 1020 mit 3 505 000 Mitgliedern Bericht erstatteten. Der Umsatz im Kalenderjahr 1924 ist auf 600 Millionen Mark zu bemessen. Die „Volksfürsorge“ erhielt sich aus der Inflationszeit mehr als 400 000 Versicherungen. Die Versicherungssumme betrug im Jahre 1924 rund 111 Millionen Mark. Einer Prämieinnahme von 5,4 Millionen standen 628 000 Mark als Leistungen an die Versicherten gegenüber.

Der eigentlichen Tagung ging eine Sitzung des Vorstandes mit dem Ausschuss und Generalkrat voraus. In einer einstimmig angenommenen Entscheidung wurde die Notwendigkeit einer eifrigeren Aufklärungs- und Werbearbeit betont, durch welche die Massen der Verbraucher in die genossenschaftliche Gedankenwelt eingeführt werden sollen.

Auf dem Genossenschaftstag sind 842 Delegierte anwesend, von denen 668 stimmberechtigt sind. Der erste Verhandlungstag

war den zahlreichen Begrüßungsansprüchen gewidmet. Neben dem Oberpräsidenten Tippmann waren Vertreter der Reichsregierung und zahlreich Vertreter der ausländischen Genossenschaften anwesend.

Am zweiten Verhandlungstage berichtete Heinrich Kaufmann an Hand des gedruckten Jahresberichtes über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Kaufmann gab einen Überblick über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes, insbesondere über die Genossenschafts- und Steuererhebung. Der Referent behauptete, daß durch die Tätigkeit von Vertretern der genossenschaftsfreundlichen Parteien dem Konsumverein schwere Steuerlasten erwachsen sind. Die Referate fanden ihren Niederschlag in mehreren Entschlüssen. Darin wird bedauert, daß die Regierung entgegen den Wünschen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates eine Vorlage über die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer nicht vorgelegt hat, mit Befriedigung nimmt der Genossenschaftstag davon Kenntnis, daß die von den Produzenten und Großhändlern geforderte Kleinhandels-Umsatzsteuer von der Regierung abgelehnt wurde. Im Hinblick auf den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Kartelle wird von der Reichsregierung ein Gesetzentwurf verlangt, durch den die Errichtung eines Kartellregisters und eines unabhängigen Kartellamtes angeordnet wird. Die Einsicht in das Kartellregister soll allen Wirtschaftsverbänden und deren Beauftragten gestattet sein. Schließlich protestiert der Genossenschaftstag gegen die Vorlage der Reichsregierung über die Wiedereinführung der Zölle für Getreide, Fleisch und sonstige Lebensmittel, da durch sie die Kaufkraft des Arbeitelohnes vermindert, der Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Kartelle und Syndikate gefördert und der Wettbewerb der deutschen Wirtschaft auf den ausländischen Märkten geschwächt wird. Vom Reichstag wird die Ablehnung dieser Vorlage und die Erhebung des Hochschulkollsystems durch eine nach den Grundsätzen des Freihandels orientierte Handelsvertragspolitik verlangt.

Umtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 16. Juni.	
1 Pfund Sterling	20,498
1 Dollar	4,205
100 holl. Gulden	168,89
100 belg. Francs	19,57
100 norw. Kronen	71,19
100 Dänig. Gulden	81,01
100 Lire	15,45
100 dän. Kronen	80,15
100 fr. Francs	12,78
100 sch. Kronen	12,475
100 Schweizer Francs	81,665
100 Peletas	61,28
100 schwed. Kronen	112,51
100 000 ung. Kronen	5,915
100 öst. Schilling	59,197

Besucht die Kunst, Hotel- u. Gastwirts-gewerbe, Konditorei, Nahrungsmittel-Industrie usw.

Täglich Mittagskostproben vielraum

Bis Sonntag, d. 21. Juni, in der Jahrhunderthalle zu Breslau. Geöffn. v. 9^{1/2} - 7 Uhr

Interessant u. lehrreich für jedermann!

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
 Dringende Besinnung.
 Montag, den 22. Juni, abends 7^{1/2} Uhr, im großen Saal des Landeshospitals, Gartenstr. 74.
Mitglieder-Versammlung.
 Dank & Hr. Heinz von Frau Prochownik: **„Moderne Prostituierten-Fürsorge“** (Städt. Pflegeamt) 2867
 Eintritt für jedermann frei.

Das Haus der guten Stapelqualitäten

Die billige Bezugsquelle für sämtliche Bedarfsartikel

Das Haus der guten Stapelqualitäten

Die billige Bezugsquelle für sämtliche Bedarfsartikel

Das Haus der guten Stapelqualitäten

Die billige Bezugsquelle für sämtliche Bedarfsartikel

Bitte bei allen Geschäften Preis für Waren

Bitte bei allen Geschäften Preis für Waren

Bitte bei allen Geschäften Preis für Waren

Bitte bei allen Geschäften Preis für Waren

Waldschmidt

Das Haus der guten Stapelqualitäten

Die billige Bezugsquelle für sämtliche Bedarfsartikel

Das Haus der guten Stapelqualitäten

Die billige Bezugsquelle für sämtliche Bedarfsartikel

Das Haus der guten Stapelqualitäten

Die billige Bezugsquelle für sämtliche Bedarfsartikel

Esperanto marschiert!

Sehen Sie Esperanto! Diese internationale Welt-sprache garantiert Ihnen eine Zukunft. Leicht-lässigen Unterricht erteilt **Hermann Hubert**, Breslau 23, Seethestraße 127, bei Hoffmann.

Fahrräder in allen Preislagen. Teilzahlung gestattet. **Citrich** Breite Straße 43.

In der „Waldschmidt“ haben **Stellen-Angebote** in jeder Branche. Ihre großen Ver-besserungen in Arbeiter-löhnen haben Erfolg.

Eine Hand voll Geld sparen Sie

wenn Sie Ihren Bedarf an **Herren- und Knaben-Garderobe** nur bei **Eugen Hamburger** Telchstraße 31, Ecke Springerstraße decken. — Einige Beispiele:

Herren-Anzüge 22,00 | **Eleg. Herren-Anzüge 45,00**
 moderner Schnitt, halt-bare Stoffe . . . von an | a. fein. Gabelding, Kam-mern u. mod. farb. Stoff. v. an

Ein **Kammgarbosen 6,50** | Ein **Breeches-Rosen 5,50**
 von an | von an

Ferner empfehle ich: **Gummimäntel, Schwedenmäntel, Windjacken, Bernis-Kleidung, Sommer-Garderobe zu billigen Preisen**

Frei Heil!-Transparente 48x64, weißer starker Karton 2seitig bedruckt **pro Stück 30 Pf.** Zu haben in der **Vollswacht-Buchdruckerei u. Vollswacht-Buchhandlung**

Druckerei Vollswacht Moderne, vollständige und moderne Ausstattung. Druckerei und Buchhandlung. **Breslau 2, Flurstraße 4/6.**

Arbeitsmarkt 2-3 tüchtige **Handwerker** gesucht. **L. Schmalz, Gumpel** 2845

Sozialdemokratie und Landwirtschaft von **Georg Schmidt**. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

10-15 tüchtige Steinseher werden für sofort gesucht. **Bauhütte Waldenburg, Soziale Bauerschaft m. B. S., Waldenburg i. Schlef.**

Eine perfekte, sauber arbeitende **Zigarren-Sortierer**in sowie ein Lehrling stellt sofort ein **Erich Dietric A.G., Zigarrenfabrik** 2865 **Breslau, Hülsenstraße 21.**

Kartonnagen-Arbeiterinnen und Beschäftigte werden eingestellt. **Max Herrmann, Kartonnagenfabrik** 2861 **Kasparkühne 25-28.**

Der Wahlbetrug der Rechtsparteien.

Die Breslauer Rede des Genossen Wilhelm Reil (Stuttgart).

Was hat die Rechtsregierung, die jetzt noch durch die Gräßlichkeit des "Reiters" Hindenburg ergänzt und gestützt wird, bisher in der deutschen Politik zustande gebracht? Ein Umschwung in der Außen- und Innenpolitik wurde uns von ihrem Watsantritt verheißt. Aber keine der Fortsetzungen der Rechtsparteien hat sie bisher verwirklicht: der Widerruf der Kriegsschuldfrage, die Zerstückelung des Versailler Vertrages, der Londoner Reparationsabmachungen, die Abschüttelung der Kriegsschuld — nichts von alledem ist erfüllt!

Die Stellung Deutschlands in der Welt hat sich verschlechtert. Das zeigt die Inflationsnotwendigkeit der Entente und die Tatsache, daß die Befreiung von Ruhr und Rhein, die vorher rasch gefördert werden konnte, seit einem Jahr keinen Schritt vorwärts gekommen ist. Der einzige "Erfolg" in der Innenpolitik ist der der Lohnbewegung des neuen Reichspräsidenten, der 60.000 Mark Zulage ohne lange Tarifkämpfe bewilligt erhält. Welch ein Vörm wäre entstanden, wenn eine derartige Förderung für unseren Ebert erhoben worden wäre!

Die Wirtschaftslage ist alles andere als glänzend. Sie wird durch den Sturz des Inflationsgötzen Sinnes beleuchtet. Die Kreditnot wächst nicht ohne die Schuld der Industrieförderung, die sich immer noch nicht auf die Erfordernisse der stabilisierten Währung umgestellt haben, sondern noch auf ihre Schwärze festlegen. Verschärft wird die Kreditnot durch das Mißtrauen des Auslandes gegen die heutige deutsche Politik. Die Lebenslage der Arbeiterschaft wird durch all das aufs Schärfste beeinträchtigt: Arbeitslosigkeit führt auch für die in der Zeit Stehenden Lohnbrudr und Lohnbrudr wiederum zu mindere Kaufrast und die ungünstige Konjunktur.

Die Zollpolitik

Der heutigen Regierungsparteien verschärft das Uebel aufs äußerste. Zu Zeiten der englischen Blockade im Kriege hätte wohl niemand es geglaubt, daß noch einmal die eigenen Volksgenossen eine Nahrungsmittelblockade gegen die städtische Bevölkerung Deutschlands wiederholen würden. Die Zollblockade aber wirkt sich eher noch schärfer aus als die des Krieges. Hat doch Deutschland inzwischen fünf Millionen Hektar Boden, überwiegend landwirtschaftlich bebaut, verloren, und jetzt auf vermindertem Lande eine verhältnismäßig größere Menschenzahl zu ernähren. Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Ausland können wir nur durch Industriewarenexport bezahlen. Unsere Zollpolitik aber lähmt unseren Exporthandel, da sie das Ausland geradezu veranlaßt, sich ebenfalls mit Zollmauern gegen die deutsche Ausfuhr abzumauern. Außerdem bedeutet die Verteuerung der deutschen Lebenshaltung natürlich eine Verteuerung der deutschen industriellen Produktionskosten und eine entsprechende Verminderung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Daher hat sich auch die nationalökonomische Wissenschaft fast einmütig gegen die Zollpolitik der Rechtsparteien ausgesprochen. Unklümmert darum sorgt aber unsere Schwerindustrie nur um ihre höhere Kartellrente, unsere Großhandwirtschaft nur um eine höhere Grundrente. Die notwendige Folge ist Steigerung der Auswanderung, Steigerung der Sterblichkeit in der Lande. Als 60-Millionen-Volk kann die deutsche Nation nur in der Weltwirtschaft leben. Darum geht unser Kampf gegen die Zollpolitik im Interesse nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen deutschen Volkes gegen einige wenige Sonderinteressen.

In der Steuerpolitik

haben die republikanischen Parteien sich nach der Staatsumwälzung mit aller Kraft für Bekämpfung des leistungsfähigen Betriebes eingesetzt. Das 1919/20 errichtete republikanische Steuersystem wurde aber systematisch von den Interessenten der Inflation zerstört, die in dieser Frage unter der Führung Solfers standen. Dieser erklärte 1920, durch die Besteuerung werde „der Großbesitz jermalm“. Dieses ist inzwischen jermalm worden, darunter die Erbschaft von Millionen kleiner Leute. Der Großbesitz aber hat sich erhalten, weil er sich seinen Pflichten gegen den Staat entzog. Hat doch derselbe selber bereits als laienlicher Finanzminister 1915 und 1916 geradezu gefälschte Budgets vorgelegt, in denen verfestigte Einnahmen noch in voller Höhe angegeben, volle laufende Ausgaben aber auf den einmaligen Kriegsetat verwiesen und damit aus den Erträgen der großen Pumpmaschine, der Rentenprelle, bezahlt wurden. Hier lag die Quelle der Inflation, die nur deswegen noch nicht allgemein bemerkt wurde, weil der normale Vergleich mit der Auslandswährung damals abgebrochen war.

Wie ist die Stabilisierung geschaffen worden? Durch größte Anspannung der Einnahmen aus der Lohnsteuer und aus der Umsatzsteuer, welche letztere in solcher Höhe in der ganzen Welt nicht erhoben wird und gerade die erbsamswürdigen Erbschaften verhältnismäßig am schärfsten befaßt, während eine Erhöhung der Inflationsgewinne, die wir verlangen, nicht zustande kam. Eine Neuordnung dieses Steuersystems durch Entlastung der Kleinen und Kleinsten ist daher notwendig und von uns immer wieder gefordert worden. Wir haben den bescheidenen Teilerfolg erzielt, daß bei der Lohnsteuer künftig 80 Mark monatlich statt bisher 60 Mark steuerfrei bleiben und auch die Befreiungen für Kinderreiche und die Anrechnung von Arbeitslosigkeit und Krankheit etwas ausgedehnt wurden. Eine ausserordentliche Schonung der wirtschaftlich Schwachen können wir darin noch nicht erblicken. Der Reiz hat gleichzeitig viel weitgehende Schonung erreicht: der Höchststeuersatz der Einkommensteuer für die größten Rieseneinkommen wurde von 60 auf 35 Prozent herabgesetzt, die Erbschaftsteuer wurde gerade für Riesenerbschaften gemildert. Sollen wir das englische Vorbild einer Kriegsgewinnsteuer schon im Kriege durchgeführt, so wäre der Krieg wohl früher beendet worden, weil ihn die Reichen bei uns dann früher gespürt hätten (Sehr richtig). Statt dessen haben wir auch jetzt noch eine systematische Schonung der Spekulationsgewinne zu verzeichnen, dagegen eine neue Erhöhung der Verbrauchsteuern. Außer Tabak und Bier wird auch Zucker und Salz, speziell Speisesalz, durch die neuen Steuererlässe der Rechtsregierung erheblich stärker befaßt, wenn auch in verdeckter Form. All solche Verbrauchsteuern aber treffen in erster Reihe die alten Schichten des Proletariats, d. h. die Lohn- und Gehaltsempfänger, und die neuen Proletarier, die durch Spekulation und Inflation jetzt enteignet sind. Damit komme ich zur

Frage der Aufwertung

der Wiedererstattung eines Teiles des in der Inflation vom Großkapital enteigneten Eigentums. Der Sozialdemokratie wird in dieser Frage der Vorwurf gemacht, sie wolle den Inflationsgeschädigten heute mehr geben als sie ihnen früher versprochen hat. Der Vorwurf ist zwar falsch, er wäre aber leichter zu tragen als derjenige, den wir den Deutschnationalen machen müssen, daß sie nämlich sehr viel versprochen haben und alle ihre Versprechungen heute verweigern. Die Möglichkeit der Aufwertung liegt sicherlich immer von der jeweiligen finanziellen und wirtschaftlichen Lage ab. Auch der Volksparteiler Heinzje hat daher im Juni 1923 z. B. jede Aufwertung abgelehnt, während er heute das Aufwertungsprogramm der Rechtsparteien mitteilt. Ebenso hat der Reichsfinanzminister Luther Ende 1923 noch jede Aufwertung für unmöglich erklärt, im Februar 1924 dann in der dritten Steuerreformverordnung eine unzulängliche Aufwertung ausgemittelt, die er jetzt im Aufwertungsprogramm — ebenfalls noch nicht zugänglich — wieder erhöht. Die Deutschnationalen aber gehen den umgekehrten Weg: als die finanzielle Lage allen verständigen Leuten Vorsicht gebot, nahmen sie den Mund voll, um bei den Wahlen Dumme zu fangen. Als aber die Finanzlage des Reiches erhebliche Ueberschüsse anwies, hatten sie die Wahlen hinter sich und leisteten sich einen beispiellosen Verrat an Millionen ihrer Wähler.

Die Sozialdemokratie hat, solange die Inflationslawine noch im Rollen war, ihre erste Aufgabe darin gesehen, sie zum Stillstand zu bringen und in einer Aufwertung vor der Festigung der Währung keinen Sinn gesehen. Dann aber war sie die erste, die durch Eröffnung der Inflationsgewinne den Opfern der Inflation zu helfen suchte. Ihr rechtzeitiger Vorschlag wurde aber von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Gegen die dritte Steuerreformverordnung stellte sie sofort ihre Abänderungsanträge, die eine Erhöhung der Aufwertung, eine Vorverlegung der Rückzahlungstermine, Verteilung der Anleihen forderte. Nach der Regelung der Reparationsverpflichtungen in London schien uns der Zeitpunkt gekommen, auch Tilgung und Verzinsung der öffentlichen Anleihen neu zu regeln. Unsere Anträge aber wurden wiederum abgelehnt.

Die Deutschnationalen wurden vorübergehend die stärkste Fraktion des Reichstages. Ihr Führer Hertl erklärte im Juni 1924: Wenn wir in die Regierung kommen, dann ist in 24 Stunden die Aufwertungsfrage gelöst. Es kam zur Einleitung eines Ausschusses im Reichstage. Über als jetzt die deutschnationalen Anträge dort zur Beratung kamen, verhielten die Deutschnationalen hielten die Aufhebung der dritten Steuerreformverordnung beantragt. Wir waren dafür und konnten zusammen mit ihnen eine Mehrheit bilden, aber bis zur Auflösung dieses Reichstages kam es durch die deutschnationalen Praktiken zu keiner einzigen Abstimmung im Ausschuss. Dafür traten die Vertreter der Großindustrie, der Großhandwirtschaft, des Großhandels als „Sachverständige“ im Ausschuss auf und erklärten, daß keine Aufwertung tragbar sei; diese Stimmen waren für die Deutschnationalen entscheidend. Trotzdem riskierten sie im Dezemberwahlkampf noch neue Versprechungen. Als Bürgschaft dafür wurde der christliche Aufwertungsbeamte Dr. Best aus der deutschnationalen Reichsliste gestrichelt, ein 69jähriger, dem Parteienleben bis dahin ganz fremder Mann, der in einem fortwährenden Entwurf „individuelle“ Aufwertung nach dem Maß der Leistungsfähigkeit des Schuldners vorgeschlagen hatte. Die Kandidatur Dr. Best an sicherer Stelle garantiert für eine entsprechende Lösung der Aufwertungsfrage durch die Deutschnationalen — so wurde im Wahlkampf verkündet. Die Deutschnationalen wurden nach dieser Wahl Regierungspartei. Aber von Bests Versprechen einer Lösung der Aufwertungsfrage in 24 Stunden mochten sie nichts wissen. Nach einem Vierteljahr war kein Aufwertungsentscheidungs vorgelegt. Jetzt wissen wir aus den Mitteilungen Dr. Bests, daß diesem am ersten Tage seines Eintritts in die deutschnationalen Fraktion an das Neben im Reichstags-Plenum verboten wurde! Als er sich das endlich nicht mehr gefallen lassen wollte, bedeutete ihm Herr Hertl, er könne ja nach ihm, dem offiziellen Fraktionsredner, evtl. als zweiter sprechen, wenn er sich zu dem bekennen würde, was er, Hertl, vorher gesagt habe. Best antwortete ihm, daß er das schon deswegen nicht könne, weil er nicht zu wissen vermöge, ob Hertl am nächsten Tage noch dasselbe sagen werde. (Heiterkeit.) Er wies auf die Wahlversprechungen hin und bekam die Antwort, Wahlversprechungen seien für die Deutschnationalen bedeutungslos. Von 106 Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion gewann er schließlich 16 für die Unterzeichnung seines Entwurfs. 15 davon — alle außer ihm selbst — mußten aber diese Unterzeichnung auf Verlangen des Fraktionsvorsitzandes wieder zurücklegen. Daß der Antrag Best überhaupt eingebracht werden konnte, haben die Sozialdemokraten zuwege bringen müssen. (Bravo!) Die Beratungen im Ausschuss verhinderten die Regierungsparteien unter deutschnationaler Führung durch ständige Hinweise auf die kommende Regierungsvorlage. Als diese endlich erschien und eine Aufwertung der meisten Forderungen einseitig auf 20 Prozent brachte, lehnte unter unserer Führung eine so heftige Kritik ein, daß die Regierungsparteien aus neue über Änderungen zu verhandeln begannen und schließlich ihr jetzt vorliegendes Kompromiß zustande brachten unter der Führung desselben Reichsfinanzministers Dr. Luther, den sie wegen der dritten Steuerreformverordnung im letzten Wahlkampf noch zum Teufel zu jagen versprochen.

Auch Dr. Best sollte dieses Kompromiß empfehlen. Er lehnte es aber ab, da er darin einen Mißbrauch seines Namens für unverantwortliche deutschnationalen Parteipolitik sah. Schon vorher hatte er als einziges Mitglied seiner Partei im Ausschuss für einen sozialdemokratischen Antrag auf Eröffnung der Inflationsgewinne gestimmt. Die Folge war, daß die Deutschnationalen ihm die Vertretung im Ausschuss nahmen und den Mann, den sie als ihren Aufwertungsbeamten im Wahlkampf vorgeführt hatten, wegen ebensolcher Festhaltens an seinem Programm jeder Mitwirkung in der Aufwertungsfrage dadurch praktisch zu berauben suchten. Der parteipolitisch unerfahrenste laien Anführer bei den Wählern, deren Bewegung er zufällig nicht kennt. Wir Sozialdemokraten haben das für gleichgültig gegenüber der sachlichen Seite der Aufwertungsfrage gehalten und Dr. Best daher anseerseite einen Sitz im Aufwertungsamt übertragen, ohne gegenseitige Verpflichtungen. (Bravo!) Wir sind in technischen Einzelheiten nicht ganz mit ihm einig, glauben vor allem, daß eine „individuelle“ Aufwertung einen umständlichen Apparat erfordert, ohne bessere Ergebnisse zu erzielen als die durch generelle Regelung erreichbar sind. Einig aber sind wir darin mit ihm, daß alles herausgeholt werden muß, was möglich ist, ohne daß die Gefahr einer neuen Inflation heraufzieht. Wir halten eine Aufwertung zu erheblichen höheren Sätzen möglich als zu 25 Prozent, sowohl die landwirtschaftlichen wie die industriellen Grundbesitzer, als auch die Industrie ist zu höheren Leistungen in der Lage, wobei die Flüssigmachung der Beträge evtl. dadurch erleichtert werden kann, daß die Forderungen als verzinsliche Darlehen einige Zeit teilweise stehen bleiben. Wir glauben, daß die Kartellaukel in dem Entwurf der Regierungsparteien einseitig formuliert ist und daß es durchaus möglich und notwendig wäre, auch im Interesse der Gläubiger, die besonders hart getroffen sind, eine ausnahmsweise Erhöhung der Forderungen einzutreten zu lassen, falls der Schuldner zahlungsunfähig ist. Als Notmaßnahme hätten wir zurzeit eine Aufwertung auf 25 Prozent des Friedensmarktwertes für angemessen. In dieser Höhe muß auch der Kleinwohnungsbaun seine Staatsdarlehen aufwerten. Dasselbe wie der Kleinrentner, kann doch aber immer noch der Industrielle und der Grundbesitzer seiner verarmten Mutter oder Schwester zahlen. (Zwischenruf: Nichtsofen!) Ich nenne absichtlich keine Namen.

Die Aufwertung der Restausgeliefer bringt nach dem Kompromiß der Regierungsparteien sogar noch eine Verschlechterung gegenüber der dritten Steuerreformverordnung. Die Verzinsungsjahre des Kompromisses gelten immer nur für einen kleinen Bruchteil des Kapitals. Die Abzahlung soll unter gewissen Umständen bis zum Januar 1938 hinausbestritten werden können. (Entrüstungsrufe.) In dieser Zeit ist sicherlich mancher verarmte Gläubiger schon verstorben und gestorben. (Lebh. Zustimmung.) Die Sozialdemokratie verlangt daher höheren Zinsfuß und Verhaftungsgeldiger Mietstrafe für die Hypothekengläubiger. Sie schlägt gestaffelte Rückzahlungstermine vor, die bereits im nächsten Jahr beginnen, und zwar bereits für 1. Januar 1927. Ein Viertel der Abzahlung schenken und das letzte Viertel im November 1933 zahlen lassen. Die freimittliche Belastung der Summen zu neuen Zinsfuß beim alten Schuldner bleibt ja trotzdem möglich, so daß eine Millionenbewegung der Kapitalien gar nicht einzureiten braucht. Auch die Rückwirkung der Aufwertung auf bereits zurückgezahlte und gelöste Hypotheken verlangen wir bis 15. Juni 1927.

Für die öffentlichen Anleihen bringt das Kompromiß der Rechtsparteien eine Aufwertung auf 10 Prozent, aber keinen Zins, sondern nur die Hoffnung auf Auslösung im Laufe von 30 Jahren! (Entrüstungsrufe.)

Am Kriege wurde der Grundlag ausgemittelt, es sollte in einer Zeit der Opferung von Millionen von Menschenleben niemand reicher werden als er vorher war. Um die Durchführung dieses Satzes haben wir uns mit den Vorschlägen von Kriegsgewinn- und Inflationsbesteuerung gegen den Widerstand der Rechten vergeblich bemüht. Die Mehrheit des Reichstages hat für die Ruhrkönige 700 Millionen Mark übrig gelassen, obgleich selbst das Reichsjustizministerium die Rechtmäßigkeit ihres Anspruchs bezweifelte. Für die unbezweifelbaren Forderungen der Wäler von vertriebenen Schuldnern aber ist nicht der Bruchteil dieser Summe zur Verfügung gestellt worden. Die Anleihen unseres Kampfes bleiben zweifelhaft. Gegen uns steht die geschlossene Mehrheit der Kompromißparteien von den Deutschnationalen bis zum Zentrum. (Zwischenruf: Volksabstimmung!) Um eine Volksabstimmung zu ermöglichen, bedarf es einer vorherigen elementaren Volksbewegung! Nimmt der Reichstag das Kompromiß an, so wird der neue Reichspräsident Hindenburg vor der Frage stehen, ob er dann auch seinen Namen darunter setzen will. Die Sozialdemokratie wird es ihm so schwer wie möglich machen. Sie wird von dem verfassungsmäßigen Mittel des Einpruchs eines Drittels der Reichstagsabgeordneten in diesem Falle Gebrauch machen, wenn die wenigen uns dazu fehlenden Stimmen von den anderen Parteien zur Verfügung gestellt werden. Dann kann der Reichspräsident die Verkündung des Gesetzes aufschieben — es sei denn, daß die Mehrheit die Vorlage für dringend erklärt. Dann wird auch Hindenburg das soziale Kompromiß unterzeichnen zur Entrüstung vieler, die ihr Verhalten auch in dieser Frage auf ihn gestrichelt haben. (Zwischenruf: Er wird nicht.) Warten wir ab! (Sehr richtig.) Unser Kampf wird trotzdem weitergehen. Die betrogenen Gläubiger und Sparrer werden hoffentlich die Lehre aus dieser Entwicklung ziehen und ihn mit uns kämpfen. Was hat man ihnen alles von der Sozialdemokratie für Märchen erzählen können, solange sie nur die bürgerliche Presse lasen, die gerade in der Aufwertungsfrage das Nichtigste dauernd totschwiegen (Sehr richtig!), während die sozialdemokratische Presse genau über die entscheidenden Anträge und Abstimmungen berichtete. Die Sozialdemokratie als die Partei der wirtschaftlich Schwachen wurde in der bürgerlichen Presse geradezu als die Verteidigerin der Industrieförderung gegen Aufwertungsansprüche hingestellt. (Heiterkeit.) Unser Ziel aber bleibt: Leben, der Arbeit für die Gesamtheit leichter und gelichteter, auch eine kulturwürdige Existenz zu sichern. Dafür werden wir die alten und die neuen Proletarier! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Aus Schlesien.

Diegnitz. Kommunalbank. Wie gemeldet wird, ist das Verfahren gegen die Kommunalbank Diegnitz von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. — Bei der Kommunalbank Diegnitz sollen Veruntreuungen vorgekommen, unter anderem sollen fingierte Konten geführt und Journaleiten herausgegeben worden sein. Der Magistrat der Stadt Diegnitz hatte bereits vor einiger Zeit auf die Haltlosigkeit dieser Behauptungen hingewiesen. Von den Angelegenden soll jedoch Protest bei der zuständigen Stelle wegen der Einstellung des Verfahrens unter Beibringung neuer Materialien erhoben werden.

Diegnitz. Ein eigenartiger Prozeß beschäftigte auf Veranlassung des Oberpräsidiums in Breslau und des Ministers des Innern das erweiterte Diegnitzer Schöffengericht. Es handelte sich um eine Anklage gegen drei hiesige bekannte Sportsleute, die für die Diegnitzer Ballonverfolgung vom 7. September 1924 — damals führte in Diegnitz der Pfleger Gnädig, Breslau ab — nicht die nach § 11 des Luftverkehrs-gesetzes vom 1. August 1922 erforderliche Genehmigung eingeholt hatten. Die Angeklagten glaubten sich nicht gegen das Gesetz veranlagt zu haben. Die Materie selbst ist noch völlig neu und die Rechtsprechung ist sich darüber nicht einig; meeres Wissens hat das Gesetz noch niemals Anwendung gefunden. Nach mehrfacher Verhandlung und Beratung wurde die Sache vertagt und beschlossen, eine Auskunft des Reichsverkehrsministers einzuholen, ob Jelfahrten genehmigungspflichtig sind. Es sollen weitere Zeugen aus Diegnitz und Breslau geladen werden.

Kamberg a. O. Bürgermeisterei-Wahl. Der bisherige Bürgermeister Richter wurde auf eine zweite Dienstperiode wiedergewählt. Seine Wahl ist bestätigt worden. Siebenbürgel. Eine wild gewordene Kuh rannte am Montag durch die Straßen der Stadt und vertrieb die flüchtenden Passanten in nicht geringen Schrecken. Eine Schar Kinder konnte nur durch das gefestigte Eingreifen eines Mannes vor den Angriffen des Tieres bewahrt werden. Schließlich gelang es die Ausreiterin, nachdem sie noch Rippenscheiterteil hatte, wieder einzufangen und dem Eigentümer, einem Schmiedemeister, wieder auszuliefern.

Kamberg. Eine lustige Komfahretin war unter den Wälgern zu beobachten, die am Freitag von Kamberg aus ihre Komfette antraten. Sie hatte sich vorgenommen, die Anzahl der Eisenbahnstationen bis zur „Ewigigen Stadt“ festzustellen. Jedoch nicht mit Politik und Bleistift, sondern auf die einfache Art und Weise, indem sie auf jeder Station einen Knoten in einem mitgeführten Bindfaden löste. Allerdings hatte sie schon in Kamberg Befürchtungen, ob das mitgeführte Bindfaden auch reichen werde.

Oppeln. In die Fremdenlegation verschleppt. Wie wir erfahren, sind seit einiger Zeit mehrere junge Leute aus unserer Stadt, hauptsächlich aus der Oberstadt, verschwunden, ohne daß man von ihrem Verbleib Kenntnis erhielt. Unablässig treffen jedoch Kräfte ein, aus denen hervorgeht, daß die jungen Leute französischen Wehrdienst in die Hände gefallen und nach der Fremdenlegation verschleppt worden sind.

Parteilosen und Genossen werdt ständig für die Volkswacht!

